

20/91

# Gemeinsam bauen wir die Zukunft Deutschlands

## CDU



Bundesausschuß  
in Weimar

am 10. Juni 1991

Mit dem  
Wortlaut  
der  
Weimarer  
Erklärung



*Helmut Kohl: Wir alle haben jetzt eine ungeheure Chance zu einem neuen Aufbruch, gerade wenn ich die alte Bundesrepublik betrachte, auch die CDU der alten Bundesrepublik. Pionierhaftes Denken ist wieder möglich, eingefahrene Rituale müssen sich nicht ständig wiederholen. Das wird sich auf dem Dresdener Parteitag zeigen, auf dem wir vor allem die Fragen der Menschen in den neuen Bundesländern aufgreifen und zukunftsweisende Antworten geben wollen.*

## In dieser Ausgabe

- **Generalsekretär Volker Rühle: Solidarität — das ist die Investition in unsere gemeinsame Zukunft. Seite 15**
- **Alfred Dregger: Die große Gemeinschaftsaufgabe: Herstellung der inneren Einheit. Seite 20**
- **Diskussionsbeiträge zur Weimarer Erklärung mit Auszügen aus den**

**Reden von Lothar de Maizière, Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Kurt Biedenkopf und Rita Süssmuth. Seite 25**

● **Helmut Kohl: Wir haben jetzt die ungeheure Chance zu einem neuen Aufbruch. Schlußrede des Parteivor-sitzenden. Seite 36**

● **UID extra:  
In Freiheit zur inneren Einheit.  
Weimarer Erklärung im Wortlaut.**

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Wir haben gehandelt, als die Chance zum Handeln da war

**Meine Damen und Herren, wir wollen heute eine Standortbestimmung über die Lage in Deutschland im Frühjahr 1991 und auch über die Lage unserer Partei vornehmen. Wir sprechen über die Lage in Deutschland mit Blick auf die nächsten Jahre bis zur Bundestagswahl 1994, aber angesichts der weitreichenden Entscheidungen, die wir etwa für Europa in diesen drei Jahren zu treffen haben, auch weit über diese Legislaturperiode hinaus.**

Wir müssen auch über die Lage in unserer Partei sprechen. Vor weniger als 14 Tagen in einer, wie ich glaube, fruchtbaren Klausurtagung unseres Parteivorstands haben wir das auch schon getan. Wir haben dabei über unsere Erfolge gesprochen, aber auch über unsere bitteren Niederlagen bei den jüngsten Landtagswahlen. Vor allem haben wir über die Aufgaben der vor uns liegenden Zeit gesprochen. In diesem Jahr steht noch die Landtagswahl in Bremen an, im nächsten Jahr folgen die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein und dann das entscheidende Wahljahr 1994. In ihm müssen wir in 19 Wahlen einschließlich der Bundestagswahl unsere Position behaupten. Dieses Jahr 1994 wird zur bisher größten Her-

ausforderung an die Parteiorganisation werden. Wir müssen uns rechtzeitig darauf einrichten.

Wir müssen deutlich machen: Wie ist die Stellung Deutschlands heute in der Welt und wie sieht unsere Bilanz aus. Denn ich stelle leider immer wieder fest, daß viele fast alles, was wir erreicht haben, in der Zwischenzeit für so selbstverständlich nehmen, daß überhaupt nicht mehr darüber gesprochen wird. Ich halte es gerade in der Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern für ganz wichtig, daß von unseren Erfolgen gesprochen wird, daß wir nicht zulassen, daß diese Erfolge verfälscht oder womöglich überhaupt nicht zur Kenntnis genommen werden. Daß wir heute hier in Weimar sind, ist doch ein Beweis für den Erfolg unserer Politik.

Wir haben die Idee der Einheit der Nation nie aufgegeben. Wir haben die Präambel des Grundgesetzes immer sehr

**Bericht zur politischen Lage:  
Rede des Parteivorsitzenden,  
Bundeskanzler Helmut Kohl,  
am 10. Juni 1991  
vor dem Bundesausschuß der  
CDU in Weimar**

ernst genommen, wir wollten sie weder streichen noch umformulieren. Wir haben nicht zu denen gehört, die gedankenlos oder gar mit Hintergedanken die

Idee der Einheit der Nation aufgeben haben.

Wir haben gehandelt, als die Chance zum Handeln da war — eine Chance, die, wie jeder heute weiß, nur wenige Wochen gegeben war. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, daß diejenigen, die im Jahr 1990 versagt haben, das Jahr 1991 dazu nutzen, die Geschichte umzudrehen oder zu verfälschen — es war unser Erfolg und es bleibt unser Erfolg!

Dabei wußten wir, daß es gewaltige Probleme geben wird. Wir wissen heute ebenfalls — das gilt auch für mich persönlich —, daß es eine Reihe von Fehlern in der Einschätzung gegeben hat. Ich brauche nur an die ökologische Situation in den neuen Bundesländern zu erinnern und ich könnte noch andere Beispiele dafür nennen, daß wir das miserable Erbe des SED-Regimes nicht in seinem ganzen Ausmaß übersehen haben.

Ich nenne einen zweiten Punkt, der in der aktuellen Diskussion nahezu verschwindet: das ist der Erfolg unserer Abrüstungspolitik. Wir haben beinahe ein Jahrzehnt lang damit leben müssen, daß die deutsche Linke, angeführt von den Sozialdemokraten und unterstützt von manch einer publizistischen Hilfskompanie, uns als „Kriegspartei“ diffamiert hat. Wir haben erleben müssen, wie alle Abrüstungsparolen der kommunistisch gelenkten Internationalen begierig aufgenommen wurden.

**Wir haben gesagt: Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen — und wir haben Wort gehalten! Das muß immer wieder deutlich gemacht werden. Die letzten sowjetischen Soldaten werden deutsches Territorium 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verlassen haben.**

Wir müssen auch immer wieder deutlich machen, daß eine klare, eine entschiedene

und prinzipientreue Politik uns in die Lage versetzt hat, den Westen zu stabilisieren, die Herausforderung der damaligen Führung der Sowjetunion abzuwehren, Freiheit und Frieden zu erhalten und Frieden zu schaffen mit weniger Waffen.

Wenn in diesen Tagen darüber diskutiert wird, daß Michail Gorbatschow als Gast am Weltwirtschaftsgipfel teilnimmt, dann sehen Sie daran geradezu symbolisch, wie sich die Welt verändert hat. Und wenn Sie dann auch noch beobachten, wer heute auf einmal dafür kämpft, daß amerikanische, französische oder britische Einheiten in seiner Stadt bleiben, daß Bundeswehrstandorte unter allen Umständen erhalten bleiben sollen, daß weniger von Tiefflugbelästigung geredet wird als vom Abzug von Luftwaffenbasen, dann zeigt auch das, wie sich die Welt in kurzer Zeit verändert hat.

**Liebe Freunde, es war unsere Politik, die den Frieden und die Freiheit in Deutschland sicherer gemacht und Abrüstung ermöglicht hat.**

Ich nenne als dritten Punkt den europäischen Einigungsprozeß, der jetzt in eine entscheidende Phase getreten ist. Wir haben 1982 von der SPD-Regierung eine Europapolitik geerbt, in der Eurosklerosis das meistgebrauchte Wort war. Der Vergleich mit einer schlimmen Krankheit beschrieb die künftige Entwicklung Europas. Wenn man heute die Diskussionen in Schweden, in Österreich und anderswo um den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft oder die Diskussion in der EFTA über mögliche Assoziierungsabkommen betrachtet, dann weiß man, daß dieses Europa auf einem guten Weg ist. Ich wiederhole, was ich vor ein paar Tagen in Washington in einem Vortrag gesagt habe: „Ich bin zutiefst davon überzeugt, die neunziger Jahre werden die Erfolgsstory Europas, dieses Jahrzehnt

wird nicht das Jahrzehnt der Japaner, sondern das Jahrzehnt der Europäer.“ Das ist auch ein Ergebnis unserer Politik.

In weniger als zwei Jahren wird der große europäische Binnenmarkt mit 340 Millionen Menschen vollendet werden. Wenn wir in diesem Jahr in der Wirtschafts- und Währungsunion und in der Politischen Union weiter vorankommen — auch beim Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments, wenn wir wirklich entscheidende Schritte tun, um jenen Traum Winston Churchills aus dem Frühjahr 1946 vom Bau der Vereinigten Staaten von Europa zu erfüllen, dann sind wir, die Union, wiederum mit einem großen Beitrag auf dieser historischen Wegstrecke dabeigewesen.

**Wichtig sind aber auch die großen Anstrengungen, die wir — getragen von der Idee der Sozialen Marktwirtschaft und gedrängt von der ökologischen Notwendigkeit — unternommen haben, um die Schöpfung zu bewahren.**

Daß der globale Umweltschutz auf internationalen Konferenzen wie auf dem Weltwirtschaftsgipfel in ein paar Tagen in London behandelt wird, daß der Erhalt der Regenwälder ein Thema der internationalen Politik geworden ist, das ist zum guten Teil auch ein Erfolg unserer Politik. Oder ich nenne das Thema Hilfe für die Dritte Welt, das wir angesichts des jetzt frontal aufbrechenden Nord-Süd-Konfliktes aus unserem Verständnis christlich-demokratischer Verantwortung noch intensiver behandeln müssen.

Was die Entwicklung im Inneren angeht, so kann man gar nicht oft genug sagen, weil es — wie jetzt gerade wieder die Wahl in Hamburg gezeigt hat — so selbstverständlich geworden ist: Wir sind die Partei des ökonomischen Erfolgs in diesen Jahren! Seit 1983 haben wir einen ungebrochenen wirtschaftlichen Aufstieg

in der alten Bundesrepublik Deutschland, mit soviel Arbeitsplätzen wie nie zuvor, mit einer Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 4,9 Prozent im letzten Jahr — ein erheblicher Anteil davon aufgrund der deutschen Einheit. Wenn wir im ersten Quartal dieses Jahres bereits wieder eine Zuwachsrate von knapp über vier Prozent verzeichnen, dann verdanken wir auch das zum großen Teil der deutschen Einheit. Wer jetzt über Tarife verhandelt, der sollte daran denken, den Zuwachs, den wir im Westen der deutschen Einheit verdanken, aus guten Gründen an die neuen Bundesländer zurückzugeben.

**Zu unserer Erfolgsbilanz zählen Preisstabilität, eine stabile D-Mark und in den alten Bundesländern ein Wohlstand wie nie zuvor. Ich dachte mir, als wir vor ein paar Tagen in der Frankfurter Paulskirche den 100. Geburtstag des Metallarbeiter-Verbands, der jetzigen IG-Metall, feierten, was wohl aus der stolzen Tarifbilanz der letzten Jahre geworden wäre, wenn unsere Politik der Sozialen Marktwirtschaft nicht so erfolgreich gewesen wäre.**

Der Oberbürgermeister von Weimar hat eben aus gutem Grund die Frage junger Leute in den neuen Bundesländern nach ihren Ausbildungschancen angesprochen; das gilt für Studenten in gleichem Maße wie für diejenigen, die in handwerkliche Berufe gehen wollen. Wir haben hier viele Anstrengungen unternommen, und ich wage die Voraussage, daß wir wie bei der großen Lehrstellenaktion 1984/85 ähnlich gute Werte in diesem Jahr in den neuen Bundesländern erreichen können. Aufgrund meiner Gespräche mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag und mit

den Gewerkschaften weiß ich, daß sich alle gemeinsam außerordentliche Mühe geben, und das ist auch gut so. Denn junge Leute in Leipzig, in Weimar, in Zwickau oder in Rostock sollen nicht im vereinten Deutschland als erstes Arbeitslosigkeit erfahren, sie sollen vielmehr die bestmögliche Ausbildung erhalten.

**Jetzt geht es darum, in den neuen Bundesländern die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: gleichwertige Lebensverhältnisse überall in Deutschland.**

Bei der Beurteilung des bisher Geleisteten sollten wir das Zeitmaß im Auge behalten: Zehn Monate nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion und sieben Monate, nachdem die deutsche Einheit möglich wurde, haben wir bereits eine beachtliche Wegstrecke zurückgelegt.

Jetzt allerdings gehen wir durch eine Durststrecke, die überall zu spüren ist. Und jeder weiß, daß uns, obwohl wir Großartiges geleistet haben, der Wind auch in Teilen der Wählerschaft ins Gesicht bläst. Wenn in einer Stadt wie Hamburg die CDU so abschneidet wie vor einer Woche, dann muß das für uns ein Grund zum Nachdenken sein. Dazu gehört auch die Feststellung, daß die Hamburger Sozialdemokraten ernteten, was wir gesät haben. Vor vier Jahren war Hamburg eine Stadt im Abstieg, der Hafen hatte kaum mehr eine Zukunft. Ich war dort und kenne die Probleme aus Wahlkämpfen und von anderer Gelegenheit. Jetzt kommen die Sozialdemokraten mit dem Slogan „Hamburg, eine boomende Stadt“ und reklamieren die Aufbruchsituation der ganzen Region nach dem Wegfall von Mauer und Stacheldraht, nach der Öffnung des natürlichen Hamburger Hinterlandes für sich.

Obwohl unsere Freunde dort einen großartigen Wahlkampf geführt haben und gerade Hartmut Perschau so hervorragend gekämpft hat, zeigt das Beispiel Hamburg, wie wichtig es ist, daß wir gerade jetzt auf dieser schwierigen Durchgangsstrecke immer wieder deutlich machen, was wir geleistet haben. Dazu gehört auch, daß wir uns zu unseren Fehlern bekennen, denn natürlich haben wir in dieser Zeit bei den notwendigen Entscheidungen auch Fehler gemacht.

**Es kommt jetzt vor allem in den neuen Bundesländern darauf an, die besondere psychologische Situation zu verstehen. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, zutiefst besorgt sind.**

Natürlich ist es wichtig, daß das Netz der sozialen Sicherheit alle auffängt und daß es hält. Rein rechnerisch kann von Not keine Rede sein. Aber das ist nur die materielle Seite des Problems. Die psychologische Seite ist ganz anders. Die Menschen wollen eine Perspektive haben, sie wollen eine gesicherte, lebenswerte Zukunft vor sich sehen. Gerade darum machen sie sich Sorgen. Man muß auf diese Befindlichkeiten Rücksicht nehmen. Mit der puren Statistik dessen, was wir sozial bereits geleistet haben, sind die Menschen in den neuen Ländern nur bedingt erreichbar. Ich weiß, daß manche im Westen dies als undankbar empfinden, ich halte eine solche Betrachtungsweise jedoch für völlig falsch.

Ich finde, wir müssen jetzt fähig sein, aufeinander zuzugehen. Wenn ich beinahe täglich von Ausländern gefragt werde, was das eigentliche Problem der deutschen Einheit sei, so sage ich immer: Die wirtschaftliche und soziale Lage ist zwar schwierig, aber die werden wir in ziemlich kurzer Zeit meistern. Das eigentliche

Problem ist, ob wir Deutschen die innere Einheit vollenden, ob wir menschlich aufeinander zugehen; ob wir verstehen, was 40 Jahre SED-Regime und 40 Jahre Stasi bedeuten, was es heißt, daß hier eine allumfassende Staatsmacht wie eine Krake in den privaten Bereich des Menschen eingegriffen, die Beziehungen untereinander vergiftet und die Würde des Menschen zutiefst verletzt hat.

Es darf nicht sein — und wir als christliche Demokraten müssen dagegen entschieden angehen —, daß Menschlichkeit und Solidarität der Arroganz von Leuten zum Opfer fallen, die das Glück hatten, im Westen 40 Jahre auf der Sonnenseite unserer Geschichte zu leben.

**Liebe Freunde, die vorliegende Weimarer Erklärung drückt aus, was wir für notwendig halten, was uns wichtig erscheint — ungeachtet der Tagesprobleme in der rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Situation in den neuen Bundesländern.**

Es gibt kein geschichtliches Vorbild, auf das wir uns beziehen können. Das ist ja auch eines der Probleme im Verwaltungsalltag, daß niemand nachsehen kann: Wie ist früher ein solcher Vorgang erlitten worden? Trotz alledem haben wir Grund zu einem realistischen Optimismus. Wer mit den Menschen in den neuen Bundesländern spricht, wird überall die gleiche Grundhaltung erkennen: abwartend, stauend, oft mit verunsicherten, auch bitteren Zügen vermischt, aber keineswegs so pessimistisch, wie allzu häufig in einem Teil der Medien verkündet.

**Und lassen Sie mich gleich hinzufügen, meine Damen und Herren: Ich werde meine ganz persönliche Verantwortung wahrnehmen. Ich habe mich 1990 auch persönlich so weit engagiert, wie es mir physisch nur**

**möglich war. Ich weiß um das besondere Vertrauen, das wir in den neuen Bundesländern bei allen Wahlen hatten, und ich will natürlich vor den Wahlen im Jahre 1994 wieder vor die Menschen treten und ihnen sagen können: Dies sind unsere Leistungen in den vergangenen vier Jahren. Vertrauen gegen Vertrauen, das muß unsere Parole in dieser Zeit sein.**

Auf diesem Weg bleibt vieles zu tun. Wir werden auf unserem Parteitag in Dresden zwischen dem 15. und 17. Dezember darüber sprechen und uns dabei auch fragen müssen, ob wir als Partei auf diese Zeitspanne hinreichend eingerichtet sind. Das kann man füglich bezweifeln. Es ist nicht nur eine Frage der Mitgliederzahl — so wichtig sie auch ist, es ist vielmehr die Frage des Umgangs mit Parteitagebschlüssen.

Nehmen Sie das Thema „Frauen in der Partei“ und die Beschlüsse des Essener Parteitags als Beispiel dazu. Oder fragen Sie von Ortsverband zu Ortsverband: Inwieweit ist die Partei offen und diskussionsbereit für junge Leute? Wie offen sind unsere Vertreter in den Rathäusern für die Ansprache der Bürger? Dies gilt natürlich für alle Ebenen der Partei und für alle Gliederungen, in ganz besonderer Weise für die Situation in den neuen Bundesländern. Hier spüren wir in der Partei — und wir sollten dies offen aussprechen —, daß der ganze Umbruch einer Gesellschaft sich auch bei uns in der Diskussion niederschlägt und oft auch in der bitteren Auseinandersetzung zwischen denen, die seit Jahren Mitglied waren, und denen, die neu hinzugekommen sind. Ich kann uns in den westlichen Bundesländern nur raten, diese Debatte zurückhaltend zu führen und das erste Wort den Freunden in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden in den neuen Bun-

desländern zu überlassen. Wir müssen sie aber bitten, diese Diskussion offen und fair miteinander zu führen, zu einem guten Ende zu kommen und nicht besserwisserisch miteinander umzugehen.

Meine Damen und Herren, für die Gesamtpartei heißt dies, daß wir viele der Themen, die jetzt anstehen, in der Weise diskutieren sollen, wie wir es immer wieder getan haben. Wir sind dabei, unser Grundsatzprogramm zu überarbeiten und auf die Herausforderungen der Zukunft einzurichten. Ich möchte den ersten Entwurf der Grundsatzprogramm-Kommission möglichst rasch in die Partei hineingeben, damit er dort auf allen Ebenen diskutiert wird. Auch die anderen jetzt anstehenden Fragen müssen diskutiert werden, sei es das Konzept für eine Pflegeversicherung oder auch das schwierige Thema Schutz des ungeborenen Kindes.

**Das alles hat etwas mit der politischen Kultur des Landes und der eigenen Partei zu tun. Niemand von uns hat das Recht, bevor ein Beschluß vorliegt, andere in Anspruch zu nehmen. Zu einer lebendigen Partei wie unserer**

**Christlich Demokratischen Union gehören nach meinem Verständnis Offenheit und Fairneß im Umgang miteinander. Das gilt für die Vereinigungen innerhalb der Partei ebenso wie für alle Ebenen und Gliederungen der Partei. Die jetzt anstehenden Diskussionen und Entscheidungen müssen deutlich machen, daß wir fähig sind, unterschiedliche Meinungen auszutragen und zu ertragen. Aber es muß ebenso deutlich werden, daß wir uns nicht nach demoskopischen Daten richten, wenn es um eine prinzipielle Frage der Union geht. Eine Partei wie die CDU muß gegebenenfalls auch fähig sein, eine Minderheitenposition zu beziehen, wenn ihr dies ihre politische Grundüberzeugung gebietet.**

Meine Damen und Herren, für die neuen Bundesländer haben wir vieles auf den Weg bringen können. Die wenigsten haben sich wirklich klargemacht, was es bedeutet, daß seit dem 1. Juli 1990 bis Ende dieses Jahres über 100 Milliarden Mark bereitgestellt wurden. Nur zur Erinnerung





nerung: In dieser Woche jährte sich der Tag, an dem George Marshall in seiner berühmten Rede an der Harvard-Universität seinen Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in Europa bekanntgegeben hat. Unter Berücksichtigung der Währungsentwicklung haben wir 1950 aus Mitteln des Marshall-Plans für jeden Einwohner der damaligen Bundesrepublik Deutschland 800 Mark zur Verfügung gehabt. Das Aufbauwerk-Ost stellt jetzt 6.100 Mark pro Einwohner in den neuen Bundesländern bereit. Diese Relation ist noch keine Erfolgsgarantie, aber die heute zur Verfügung stehende Summe bedeutet eine Anschubfinanzierung, wie wir sie in der Wirtschaftsgeschichte noch nie gehabt haben.

Ich halte diese Entscheidung für richtig, und wir sollten auch zu dieser Entscheidung stehen. Ich weiß, daß es mancherlei Neid in den westlichen Bundesländern gibt, aber das darf uns nicht beeindrucken. Wir müssen uns jetzt als fähig erweisen, dieses keineswegs unzumutbare Opfer zu bringen, damit die deutsche Einheit vollendet wird, damit die Menschen in den neuen Bundesländern möglichst bald gleiche Lebensverhältnisse erreichen können.

**Bei allen Schwierigkeiten, die ich sehe, bei allen notwendigen Sorgen um Arbeitsplätze und Umstrukturierungen ist doch deutlich zu erkennen, daß in einer Zeitspanne von weniger als einem Jahr die Aufbauprogramme zu wirken beginnen.**

Wir hatten am vergangenen Montag das siebte Gespräch mit Unternehmern und Gewerkschaften, mit den Verbandspräsidenten der verschiedensten Bereiche; die Beispiele, die ich dort hörte, belegen, daß die wirtschaftliche Besserung zwar langsam, aber deutlich spürbar vorankommt. Und weil ja gerade in diesem Bereich viel kritisiert und weniger über Tatsachen

geredet wird, will ich einmal darauf hinweisen, was die Post in diesen Monaten geleistet hat und noch leistet. Dies ist ein hervorragendes Beispiel für die Verbesserung der Infrastruktur. Im Jahre 1988 hatte nur jeder sechste Haushalt in der DDR einen Fernsprechananschluß — bei Wartezeiten bis zu 20 Jahren. Allein in diesem und in den beiden folgenden Jahren werden mit 1,8 Millionen neuen Fernsprechananschläüssen in den neuen Bundesländern mehr Verbindungen geschaffen, als in 40 Jahren SED-Herrschaft. Wenn Sie das einmal vergleichen mit der Infrastruktur in anderen Ländern, beispielsweise im Süden der Europäischen Gemeinschaft, dann werden Sie mir zustimmen, daß in den neuen Bundesländern in kürzester Frist eine Bewegung in Gang gekommen ist, die so schnell in keinem anderen Land Europas möglich war.

Meine Damen und Herren, es war eine der schlimmsten Folgen des SED-Regimes, daß der Mittelstand zerschlagen worden ist. In der Entfaltung eines neuen Mittelstandes liegt eine der dringendsten Aufgaben. Wenn wir jetzt 385.000 neue Betriebsgründungen seit Anfang 1990 registrieren können, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Ich habe über Lehrstellen gesprochen, ich könnte über die wachsende Zahl von Unternehmungen sprechen, ich könnte über das sprechen, was wir in der Arbeitsmarktpolitik getan haben.

**Liebe Freunde, ich will auch hier ausdrücklich noch einmal Norbert Blüm sehr herzlich danken für seinen enormen persönlichen Einsatz. Er ist keiner, der täglich über die Medien verkündet, was er alles tut und erreichen will und daß er andernfalls zurücktritt. Er ist acht schwierige Jahre im Amt geblieben und hat mehr als seine Pflicht getan.**

Dabei ist das Arbeitsministerium im Augenblick gewiß kein Ressort, in dem man jeden Tag publikumswirksame Erfolge verkünden kann; aber mit der Zeit wird sich einmal mehr erweisen, daß dieser Minister eine großartige Arbeit leistet.

In diesem Jahr wollen wir 500.000 Qualifizierungsmaßnahmen und 280.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fördern. Hier liegt eine entscheidende Chance für die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern, sich entsprechend zu qualifizieren und die notwendigen Voraussetzungen für einen beruflichen Neuanfang zu schaffen. Es ist natürlich für viele im Westen nicht ganz verständlich, wenn sie lesen, daß an einem bisherigen Automobilstandort in den neuen Bundesländern der neu hinzugekommene Investor sagt: Mir fehlen die Arbeitskräfte, die Leute kommen nicht. Aber bevor sich jetzt jemand aufs Podest stellt und sagt: Da sieht man es ja wieder, die begreifen es nicht, sollte man sich lieber daran erinnern, wie es bei der Umstrukturierung ganzer Industriebereiche in den westlichen Bundesländern zugegangen ist.

Ich erinnere mich daran, daß in einer deutschen Hafenstadt, die große Probleme mit ihren Werften hatte und eine bekannte Automobilfirma als Investor gewinnen konnte, die Werftarbeiter keineswegs über Nacht dorthin gegangen sind; sie haben sich lange umgeschaut und manche Hemmung überwinden müssen. Deswegen bitte ich Sie immer wieder bei der Beurteilung dessen, was unsere Landsleute jetzt in den neuen Bundesländern tun, um Geduld und Verständnis für ihre völlig andere psychologische Ausgangsposition.

**Wer das Ganze überblickt, der sollte zu keinem Zeitpunkt vergessen, was es heißt, daß die Bundesrepublik Deutschland durch die Wirt-**

**schaftskraft in den alten Bundesländern jetzt in der Lage ist, die notwendigen Entscheidungen zu treffen und die erforderlichen Hilfen zu geben.**

Wer heute über die deutschen Grenzen hinausblickt nach Frankreich oder nach Großbritannien und die Zahl der Arbeitslosen, die Entwicklung der Konjunktur, die Inflationsraten und vieles andere mehr in Betracht zieht, der weiß, daß wir in der alten Bundesrepublik Deutschland gute Arbeit geleistet haben.

**Ich finde, es geht nicht an, daß, wenn die Dinge gutgehen, alle beteiligt waren und, wenn die Dinge schlechtgehen, man sich bei der Schuldzuweisung sehr schnell auf die Parteiführung einigt und schließlich auf einen ganz bestimmten, der sich schon wegen der Kürze seines Namens hervorragend dazu eignet.**

Wer also draußen im Lande sagt, unsere Politik müsse viel besser verkauft werden, wir müßten unsere Konzepte offensiver vertreten, dem kann ich nur sagen: machen Sie es bitte! Das Material, die Tatsachen sind jedermann bekannt.

Wir haben jede Chance, angesichts der Wachstumsraten und der gestiegenen Einkommen in den alten Bundesländern deutlich zu machen, daß wir die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zu einem Erfolg für alle, nicht zuletzt auch für die Arbeitnehmer gemacht haben. Und ich würde mir schon wünschen, wenn auf den jetzt gerade wieder stattfindenden Jahreshauptversammlungen der großen Aktiengesellschaften der eine oder andere Vorstandsvorsitzende einmal darauf hinweist, daß etwa die Automobilproduktion in unserem Lande auch deswegen so gut läuft, weil wir die deutsche Einheit erreicht haben, weil viele hierzu-

lande sich endlich ein West-Auto als ein Stück gelebter Freiheit leisten wollen, und daß wir alle den Vorteil davon haben.

Liebe Freunde, es bedrückt mich immer wieder, wenn ich nur in Gesprächen mit ausländischen Gästen oder im Ausland Äußerungen wie diese höre: „Ihr habt doch jetzt allen Grund zur Freude, ihr habt die deutsche Einheit gewonnen, ihr habt sie gewonnen in einer einzigartigen Weise mit Zustimmung aller eurer Nachbarn. Gewiß habt ihr Probleme, aber ihr seid doch neben den Japanern und Schweizern diejenigen, die ökonomisch am besten gerüstet in die Zukunft gehen, der Wohlstand in eurem Lande ist beträchtlich und man merkt doch, daß bereits nach kurzer Zeit sich die Dinge auch in den neuen Bundesländern positiv zu entwickeln beginnen.“ Viele fügen noch hinzu: „Ihr habt etwas erreicht, was wir euch nicht zugetraut haben, denn ihr beschäftigt euch nicht nur mit der deutschen Einheit, sondern ihr kümmert euch auch um die Länder Mittelost- und Südosteuropas, ihr helft den Menschen in der Sowjetunion, und ihr seid Vorkämpfer für das vereinte Europa.“

**Viele unserer Freunde und Partner draußen in der Welt gewinnen so ein neues Deutschlandbild, von dem ich hoffe, daß wir alle es uns gemeinsam wünschen. Sorgen wir doch durch unsere Politik, durch unsere Überzeugung und unsere Bereitschaft zum Kämpfen gemeinsam dafür, daß dieses Bild und diese Einstellung auch bei uns zu Hause durchdringen.**

Zur Außen- und Europapolitik will ich hier nur wenige Sätze sagen. Liebe Freunde, nehmen wir zur Kenntnis, was es heißt, daß jetzt eine Generation in Deutschland heranwächst, die Zeit ihres Lebens in Frieden und Freiheit leben

wird. Und lassen wir uns nicht von den Parolen der Sozialisten verleiten, die da glauben, dies sei ein Zustand, den man für alle Zeit erhalten könne, ohne einen eigenen Beitrag dafür zu leisten. Wir brauchen auch in Zukunft unsere Bundeswehr, weil Frieden und Freiheit auch künftig nicht zum Null-Tarif zu haben sind. Wir brauchen sie in einer — Gott sei Dank — veränderten Welt. Wir brauchen aber vor allem auch ein wirklich neues Denken, wenn es darum geht, die internationale Verantwortung Deutschlands zu erkennen und wahrzunehmen. Ich halte es für eine der schwersten Gefahren für die Entwicklung unseres Vaterlandes, wenn wir uns in provinzielles Denken zurückziehen und nur noch wichtig nehmen, was im eigenen Lande geschieht. Wer beispielsweise die Debatte über die Frage verfolgt, ob wir als Deutsche auch einen Beitrag im Rahmen der Vereinten Nationen erbringen können, der muß zutiefst betroffen sein.

**Was ist das für eine Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Partei eines Kurt Schumacher, eines Erich Ollenhauer, eines Fritz Erler und Carlo Schmid und — ich sage es bewußt — eines Willy Brandt, die sich jetzt aus der internationalen Verantwortung herausstellen will.**

Man kann nicht als großes und eines der wirtschaftsstärksten Länder dieser Erde Mitglied der Vereinten Nationen sein und gleichzeitig sagen: „Wir bekennen uns zu unseren Rechten, aber wir sind nicht bereit, irgendwelche Pflichten zu übernehmen.“ Ich füge gleich hinzu, es wird keine politische Einigung Europas geben — die zu verwirklichen uns die Präambel unseres Grundgesetzes aufträgt —, wenn die Deutschen nicht bereit sind, auch außerhalb ihrer Grenzen Verantwortung zu übernehmen.



Wer also glaubt, er könne sich aus der Verantwortung stehlen, wenn es jetzt darum geht, die notwendigen Verfassungsänderungen herbeizuführen, den will ich in allem Ernst darauf hinweisen, daß er sich noch in dieser Legislaturperiode entscheiden muß, ob er bereit ist, in einer gesamteuropäischen Sicherheitsverantwortung einen Beitrag der Deutschen zu bejahen oder nicht.

**Und ich will eines ganz klar aussprechen: Ich wünsche mir, wenn wir bis dahin keine klaren, für uns akzeptablen Lösungen finden, daß wir dann den nächsten Bundestagswahlkampf auch über diese Frage führen: „Wie ist die Position der Deutschen, wie steht es um ihre Verantwortung in der Welt?“ Wir brauchen klar formulierte Entscheidungen, wenn wir weiterkommen wollen.**

Wir stehen in diesem Jahr in der Europäischen Gemeinschaft vor wichtigen Entscheidungen im Blick auf die Wirtschafts- und Währungsunion, im Blick auf die Politische Union. Wir haben auch darüber gestern in Großbritannien gesprochen, und ich hoffe sehr, daß wir schon

in Luxemburg in ein paar Wochen bei einigen auf den Nägeln brennenden Themen wirklich vorankommen.

Wenn vom Europa der Bürger gesprochen wird, ist stets die Rede von der Öffnung der Grenzen, und das ist gut so. Aber wir sollten auch von den Problemen sprechen, die in diesem Zusammenhang auf uns zukommen, etwa von der Wanderungsbewegung, die sich überall in Europa zeigt, die aber vor allem in den Ländern Mittelost- und Südosteuropas dramatische Formen annehmen kann. Ich will dazu und zum Stichwort Asyl nur zwei Bemerkungen machen.

Wir haben immer erklärt und dabei bleibt es, daß wir kein Einwanderungsland sind und auf diesem Weg nicht die Probleme der ganzen Erde lösen können. Ebenso klar muß sein — das ist für eine christlich-demokratische Partei nicht nur eine Frage der Sprache —, daß das erhalten und gesichert werden muß, was Asyl wirklich ausmacht. Wir geben jenen Obhut, die aus rassischen, politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden.

**Es darf nicht sein, daß wir um eines scheinbaren Tageserfolgs willen in**

**die Nähe jener geraten, die Fremdenfeindlichkeit an den Tag legen. Wir sind die Partei der Christlichen Demokraten, die Partei mit einem offenen Horizont und gelebter Mitmenschlichkeit.**

Auch ein anderes Problem macht mir angesichts der Entwicklung in Europa besondere Sorgen: die Auseinandersetzung mit dem internationalen Terrorismus, vor allem auch mit der Drogenmafia, anders ausgedrückt mit der organisierten Kriminalität. Dieses Thema wird dramatisch an Bedeutung gewinnen, sobald immer mehr Leute in unserem Land erkennen werden, was sich hier ereignet, und welche gewaltigen Summen und Mengen von der Drogenmafia in die reichen Länder Europas eingeschleust werden mit all den schrecklichen Wirkungen für die Betroffenen. Ungeachtet aller bürokratischen Einwände von den verschiedensten Seiten werden wir auf diesem Feld nur erfolgreich sein, wenn wir als ersten Ansatz für die Bekämpfung zu einer gemeinsamen Justiz- und Polizeipolitik in Europa kommen. Ich halte es für ausgeschlossen — insbesondere bei Öffnung der Grenzen nach dem Schengener Abkommen —, daß diese Frage zu lösen ist, wenn Franzosen, Deutsche und Briten jeder für sich vorgehen. Ich habe diese wenigen Beispiele aus der Europapolitik gebracht, weil sie dem Bürger nahe sind und weil sie deutlich machen, welche dramatische Veränderungen sich hier gegenwärtig vollziehen.

Liebe Freunde, es geht um Deutschlands Platz in der Welt. Das sagt sich ziemlich einfach, und wir haben ja auch ganz überzeugende Aussagen dazu: „Unser Platz ist auf der Seite der Freiheit, auf der Seite der freien Völker. Wir sind Teil der westlichen Wertegemeinschaft, der Atlantischen Allianz.“ Das ist alles gut und richtig. Aber in einer Zeit, in der viele unserer

Mitbürgerinnen und Mitbürger den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand für selbstverständlich nehmen, ist es wichtig, daß wir unsere Positionen kämpferisch vertreten.

**Wir müssen immer wieder deutlich machen, daß wir die Partei der deutschen Einheit und der europäischen Einheit sind, daß wir die Partei der atlantischen Wertegemeinschaft und die Partei der Vereinigten Staaten von Europa sind.**

Das klingt für viele so selbstverständlich, aber wir sind mitten in einem schwierigen Entscheidungsprozeß. Wir werden die Herausforderungen, die vor uns liegen, nur bestehen, wenn auch die Partei sich innerlich darauf vorbereitet. Wir müssen uns beispielsweise klarmachen, was Politische Union für unsere föderale Ordnung bedeutet, die wir auch in Europa beibehalten wollen, was sie für die Landtage und die Landesregierungen, für den Bundestag, für die Bundesregierung und selbstverständlich auch für die Beziehung zum Europäischen Parlament und einer zukünftigen europäischen Regierung bedeutet. Wir müssen uns auch klarwerden darüber, daß wir uns in die ökonomischen Verhältnisse eines geeinten Europas einfügen und darum kämpfen müssen, den sozialen Standard unseres Landes zu erhalten. Europa wird nur werden, wenn die wirtschaftlich und sozial Schwächeren langsam an unseren Standard herankommen.

**Wir müssen auch bedenken, wie wichtig es ist, daß wir in den Reformländern in Mittelost- und Südosteuropa unsere Beiträge zum Aufbau leisten und daß wir jetzt fast 1.000 km Grenze zu Polen haben. Sie darf nicht zu einer neuen Wohlstandsgrenze werden und der Aussöhnung mit unseren polnischen Nachbarn im Wege stehen.**

Und nicht zuletzt müssen wir auch offen sein für Entwicklungen in der Sowjetunion, von denen wir hoffen, daß sie wirklich Perestroika, d. h. Offenheit, bedeuten.

Meine Damen und Herren, wenn Sie die politische Landschaft in Deutschland betrachten, dann stellen Sie fest, daß vieles in Bewegung gekommen ist. Da wird beispielsweise über künftige Koalitionen gesprochen. Koalitionen sind immer Zweckbündnisse auf Zeit, und man verläßt eine Koalition, wenn man glaubt, mit ihr nicht mehr erfolgreich Politik gestalten zu können. Wenn die jetzige Bundesregierung und die sie tragende Koalition bis zum Herbst 1993 das, was wir gemeinsam angelegt haben, zum wohl gelungenen Erfolg führen, ist es ziemlich klar, wie es mit dieser Koalition weitergeht. Ich finde es töricht, heute solche Gespräche zu führen. Mir ist auch ziemlich gleichgültig, wer sich mit wem bei diesem oder jenem Anlaß fotografieren läßt und was die Auguren daraus ableiten, daß der eine drei Minuten länger mit dem anderen gesprochen hat — ich halte das alles für eine Art Bonner Kreml-Astrologie.

**Die Wahrheit ist, daß diese Koalition in Bonn nicht zuletzt deswegen stark ist, weil CDU und CSU gemeinsam über eine Position verfügen, die eine Koalition von SPD und FDP gegen die Union in diesem Bundestag unmöglich macht — es sei denn, man wollte auf Gruppierungen zurückgreifen, die auf den Wähler kaum sonderlich sympathisch wirken.**

Deswegen lassen Sie uns das mit Ruhe betrachten. Genauso überflüssig ist das Gerede um die Wahl des Bundespräsidenten, das taktlos gegenüber dem Amtsinhaber ist. Die nächste Präsidentenwahl ist im Jahre 1994. Ich kann nicht oft genug sagen, was mancher anscheinend

noch nicht begriffen hat: Die Union allein hat in der Bundesversammlung mehr Stimmen als SPD und FDP zusammen, und dies kann sich nicht mehr ändern bis zum Zusammentreten der Bundesversammlung. Auch hier ist also die Stimme der Union gefordert. Wir werden sie 1994 abgeben und uns nicht jetzt in Überlegungen verzetteln, wer was werden könnte.

**Was wir jetzt brauchen, ist das Zusammenstehen für unsere gemeinsamen Ideale und Überzeugungen, die offene und faire Diskussion um den besten Weg für unsere Politik und die Bereitschaft, in Kameradschaft, ja in Freundschaft miteinander zu kämpfen.**

Ich unterstreiche noch einmal: vor allem zu kämpfen. Es ist die Voraussetzung für den Erfolg, daß wir kämpferisch unsere politischen Ideen und Überzeugungen vortragen. Es gibt sicher auch auf diesem Feld manchen Nachholbedarf. Eine Partei in der Verantwortung steht immer in der Gefahr — ich will es einmal in der Sprache der Jungen sagen — abzuschlafen. Ich hoffe sehr, daß wir keinen Grund haben, das als eine Zustandsbeschreibung für die gesamte Partei hinzunehmen.

Wir alle sind zur Mitwirkung aufgerufen und ganz persönlich will ich Ihnen zum Schluß sagen: Ich habe für mich vor der letzten Bundestagswahl meine Entscheidung getroffen. Ich habe mich in die Verantwortung begeben vor allem gegenüber unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern. Ich spüre diese Verantwortung und ich kämpfe dafür, daß wir — so wie wir es uns wünschen und wie wir es auch hoffen — gemeinsam die Entwicklung in den neuen Bundesländern zu einem guten Ende bringen können. Ich bitte Sie dabei um Ihre Unterstützung und Mithilfe.

Generalsekretär Volker Rühle:

## Solidarität – das ist die Investition in unsere gemeinsame Zukunft

Meine Damen und Herren, ich will nur eine kurze Einführung in die Weimarer Erklärung geben und etwas zur Lage der Partei im wiedervereinigten Deutschland sagen.

Mit der Weimarer Erklärung haben wir eine Zwischenbilanz aus dem deutschen Einigungsprozeß gezogen. Wenn ich Ihnen die Namen der Verfasser nenne, dann verbinde ich damit ein Wort des Dankes für die geleistete Arbeit an die Kollegen aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Generationen der Partei. Ich darf in alphabetischer Reihenfolge nennen: Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Hermann Gröhe, Lothar de Maizière, Angela Merkel, Günther Krause, Wolfgang Schäuble, Christian Schneller, Rudolf Seiters und Christa Thoben.

Wir haben in einem ersten Teil deutlich gemacht, daß die vordringlichste Aufgabe jetzt ist, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Im gegenseitigen Respekt vor der Lebensleistung und der Lebenserfahrung des jeweils anderen müssen alle Deutschen die Folgen der Teilung gemeinsam überwinden. Und gerade hier in Weimar müssen wir ein Wort über die eigenständige kulturelle Substanz in den neuen Bundesländern sagen, die in Jahrhunderten gewachsene Kultur und Tradition, unser gemeinsames Erbe, das jetzt wieder allen Deutschen offensteht und das es zu erhalten gilt.

Ich glaube, wir haben eine selbstbewußte, aber auch eine nüchterne Zwischenbilanz gezogen; denn wir wissen, daß die innere Einheit Deutschlands nicht so schnell,

wie manche es sich wünschen, und auch nicht so reibungslos erreicht werden kann. Wir haben erfahren, daß Fehler und Irrtümer nicht auszuschließen sind, aber wir haben auch durch unser Handeln gelernt.

Was wir brauchen für die schwierige Aufgabe, die innere Einheit zu vollenden, ist Zuversicht. Die Talsohle wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist noch nicht durchschritten. Wir werden noch viel Kraft und viel Geduld brauchen. Aber wir sehen uns bei dieser schwierigen Aufgabe durch die Tatsache ermutigt, daß in den neuen Bundesländern allein in den letzten

**Volker Rühle: Unsere vordringliche Aufgabe ist es, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen.**

18 Monaten rund zwei Millionen Arbeitnehmer neue Beschäftigungsverhältnisse eingegangen sind.

Im zweiten Teil haben wir in 14 Punkten die Aufgaben in dem Prozeß der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands konkretisiert, die in den nächsten Wochen und Monaten gelöst werden müssen. Das sind ganz überwiegend Punkte, die sich auf die neuen Bundesländer konzentrieren, die aber auch die gemeinsame Verantwortung deutlich machen.

Wir haben Maßnahmen gerade in der Familienpolitik angesprochen, die für ganz Deutschland gelten. Was wir auf

diesem Gebiet gegen den Widerstand der Freien Demokraten in den Koalitionsverhandlungen erreicht haben, hätte viel stärker im Mittelpunkt stehen müssen. Aber der deutsche Einigungsprozeß hat unsere Erfolge ein bißchen in den Hintergrund gedrängt: die Ausweitung des Erziehungsgeldes auf zwei Jahre, die Ausweitung des Erziehungsurlaubs auf drei Jahre, die Verbesserung beim Kindergeld und auch die Ausweitung des Freibetrages, die Maßnahmen für Familien und Alleinerziehende, wie die deutliche Verstärkung der Freistellung etwa für Alleinerziehende, deren Kinder krank werden.

---

## Die innere Einheit vollenden

---

Das sind die Dinge, die wir hier angesprochen haben; denn wir wollen die innere Einheit Deutschlands vollenden, ohne daß es Stillstand im Westen gibt. Wir wollen vielmehr gerade in der Familienpolitik und im Zusammenhang mit den Beschlüssen zur Steuerpolitik unsere Politik deutlich machen und weitere Fortschritte erreichen.

In einem dritten Punkt haben wir uns mit den immateriellen Problemen der deutschen Einheit auseinandergesetzt, die ja mindestens so wichtig sind wie die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme. Wenn ein Neuanfang gelingen soll, dann müssen die Schatten der Vergangenheit abgestreift werden.

Deshalb halte ich für besonders wichtig die Aussagen, die wir über die Arbeit in der CDU getroffen haben. Denn wir müssen die Bereitschaft zur Versöhnung aufbringen und eine neue Gemeinsamkeit zwischen neuen und alten Mitgliedern schaffen, damit diese CDU auch in den neuen Bundesländern die Schlagkraft entwickelt, die wir alle brauchen für den gemeinsamen Erfolg.

Am 1. Oktober letzten Jahres — und viele von Ihnen werden sich vielleicht noch an den Hamburger Parteitag erinnern — sind wir auch organisatorisch wieder eine Partei geworden. Vor uns liegen aber nicht nur die wichtigen und schwierigen politischen Aufgaben in Deutschland, sondern auch die Aufgabe, die innere Einheit unserer Partei herzustellen. Das Gemeinsame wird dabei mehr sein müssen als nur die bloße Zusammenfügung von Ost und West. Es wird etwas Neues sein müssen. Wir müssen aufeinander zugehen, beide Seiten müssen sich bewegen.

Ich glaube, daß die Arbeit der Grundsatzprogrammkommission unter dem Vorsitz von Lothar de Maizière in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Bedeutung hat, wenn es uns darum geht, eine gemeinsame Identität der Partei in ganz Deutschland herzustellen.

---

## Die Partei muß diskutieren

---

Die Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Juni 1992 einen ersten Entwurf vorzulegen, der Grundlage für eine breite geistige und politische Auseinandersetzung über Grundwerte und Grundsatzfragen bieten wird. Wir wollen in der Zwischenzeit durch zahlreiche Foren, Kongresse und andere Veranstaltungen dieses Programm offen diskutieren, und die ganze Partei bis hin zum Ortsverband soll in diese Arbeit miteinbezogen werden.

Die CDU ist in den 70er Jahren zu einer Programmpartei geworden. Sie muß auch in Zukunft eine Partei sein, die offen diskutiert, aber keine Partei, die sich im innerparteilichen Streit aufreibt. Sie muß immer wieder die Kraft und den Willen zum Konsens aufbringen. Und sie muß





den Streit mit dem politischen Gegner führen, vor allem mit den Sozialdemokraten.

### **Moderne Parteiarbeit**

Die inhaltliche Arbeit ist nicht vorstellbar ohne eine effektive Parteiorganisation. Wir haben auf dem Bremer Parteitag über neue, moderne Formen der Parteiarbeit beraten. Das ist in den Hintergrund geraten dadurch, daß es eine Konzentration der Kräfte auf den deutschen Einigungsprozeß gegeben hat. Wir müssen jetzt gemeinsam die offensichtlichen Defizite in der Mitgliederstruktur, bei Frauen und bei jungen Menschen überprüfen, und neue Formen der Parteiarbeit entwickeln. Wir wollen erreichen, daß die CDU nicht nur inhaltlich, sondern auch personell die

Menschen in Deutschland sowie die Themen, die sie bewegen, repräsentiert.

Es ist kein Trost, wenn man feststellt, daß die Defizite in der Mitgliederstruktur auch bei anderen politischen Parteien auftauchen, ja selbst bei nichtpolitischen Organisationen. Mancher bindet sich heute eben leichter an ein kommerzielles Freizeitzentrum, als daß er die Bindung an einen Sportverein eingeht. Als Partei müssen wir uns, auch was die Form unserer Arbeit angeht, auf eine sich verändernde Gesellschaft einstellen.

### **Neue Herausforderungen**

Wir müssen den frischen Wind der gesellschaftlichen Erneuerung in unsere Partei hineinlassen und aktiv auf neue Herausforderungen reagieren. Durch den Weg-



fall des Systemgegensatzes zwischen Ost und West ist auch hier sicherlich eine neue Situation entstanden.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Monaten angefangen, uns um den Aufbau der neuen Landesverbände zu kümmern. Das ist eine Arbeit der gesamten Partei, denn die Wahlen 1994 und insbesondere die gesamtdeutschen Wahlen werden wir nur gemeinsam gewinnen können. Aber gerade die Vertreter der Landesverbände aus dem Westen sollten wissen, daß im Augenblick eher ein Abbau zu registrie-

ren ist. Sie sollten sich klar machen, daß nicht nur insgesamt die Bürger in den neuen Bundesländern eine schwere Übergangsphase zu bewältigen haben, sondern auch unsere Parteifreunde in den neuen Bundesländern.

Jeder muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet, wenn 200 Kreisgeschäftsstellen in wenigen Wochen auf 70 bis 80 Kreisgeschäftsstellen reduziert werden. Ich glaube, daß Sie alle genug Phantasie aufbringen, um sich vorzustellen, welche Probleme dabei auch im Westen entstehen würden.

Auch in der Parteiarbeit vollzieht sich ein radikaler Bruch. Früher standen die hauptamtlichen Mitarbeiter im Vordergrund. Jetzt muß die Hauptlast der politischen Arbeit auf den ehrenamtlichen ruhen.

Solidarität geht nicht ohne Finanzen. Der Aufbau kostet auch Geld. Deswegen verzichtet die Bundespartei für zwei Jahre auf die Abführung des Beitragsanteils, den die neuen Landesverbände zu leisten hätten.

## Solidaritätsbeitrag

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darüber informieren, daß der Bundesvorstand auf seiner Klausurtagung in Windhagen auf Empfehlung der Finanzkommission beschlossen hat, daß die Kreisverbände der CDU für jedes Mitglied einen Solidaritätsbeitrag von 10 DM an die Bundespartei abführen sollen. Hierüber wird der Bundesparteitag vom 15. bis 17. Dezember in Dresden einen Beschluß fassen.

Die Gelder dieses Beitrages werden auf ein eigens dafür eingerichtetes Sonderkonto eingezahlt und sind ausschließlich dazu bestimmt, den Aufbau der CDU in den neuen Bundesländern zu finanzieren. Wenn die CDU von Solidarität spricht, dann müssen wir sie auch in den eigenen Reihen erbringen.

Im übrigen ist es kein Geschenk an die Landesverbände im Osten, sondern es ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft.

Die Bundespartei wird einen Großteil ihrer Veranstaltungen in die neuen Bundesländer verlegen, und wir haben ja heute in Weimar bereits damit begonnen. Wir werden schon am 28. Juni einen Umweltkongreß in Magdeburg durchführen und später im Jahr einen Jugendkongreß in Mecklenburg-Vorpommern, einen

außenpolitischen Kongreß in Brandenburg an der deutsch-polnischen Grenze, der sich speziell mit dem Zusammenwachsen beider Europas beschäftigen soll, und natürlich den offenen Bundesparteitag in Dresden im Dezember dieses Jahres.

Zum Abschluß meine herzliche Bitte: Unterstützen Sie die von der Bundespartei gestartete „Aktion Solidarität“ auch während der Sommerpause.

Die Kreisverbände brauchen Partner im Westen. Deshalb ist es unser Ziel, daß jedes Land, jeder Kreisverband, jeder Ortsverband die Hilfe eines befreundeten Verbandes im Westen in Anspruch nehmen kann. In dieser Woche haben wir uns im Deutschen Bundestag mit den Sozialdemokraten über die Frage der Solidarität auseinandergesetzt. Deshalb ist es ganz wichtig, daß wir hier glaubwürdig sind.

## „Aktion Solidarität“

Bei den Sozialdemokraten klafft zwischen Anspruch und Realität eine Lücke. Noch heute spricht der Wirtschaftsminister im Saarland Investoren an und sagt: „Wenn Ihr Sicherheit für Eure Investitionen haben wollt, dann geht nicht in die neuen Bundesländer, sondern kommt ins Saarland“. Dagegen müssen wir angehen — im Saarland und bundesweit.

Ich bin ganz sicher: Wenn wir deutlich machen, daß solidarisch nur derjenige sein kann, der auch etwas erarbeitet hat, daß solidarisch und sozial nur derjenige sein kann, der vorher auch für den wirtschaftlichen Erfolg gesorgt hat, — und die CDU vereinbart am besten wirtschaftlichen und finanziellen Erfolg mit der Bereitschaft zur Solidarität —, dann werden wir als Partei in den Auseinandersetzungen der nächsten Monate auch Erfolg haben. ■

Alfred Dregger:

## Die große Gemeinschaftsaufgabe: Herstellung der inneren Einheit

**Natürlich weiß ich genauso wie Sie, daß wir in letzter Zeit bei Landtagswahlen ziemlich gebeutelt worden sind. Rheinland-Pfalz und Hamburg stehen für bittere Rückschläge, aus denen wir Lehren zu ziehen haben. Die Lehre heißt: Man darf sich nicht in die Defensive drängen lassen. Man darf unberechtigte Schmähungen nicht einstecken. Man muß die Lügen der SPD über die angebliche Steuerlüge zurückweisen.**

Wir, die Union Deutschlands, lügen das deutsche Volk nicht an. Wir sind bereit und in der Lage, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Unsere Politik ist langfristig angelegt und nicht auf den Beifall des Tages abgestellt. Aber in der großen Zeit des Wandels, in der wir leben, des Wandels in Deutschland, des Wandels im zusammenbrechenden sozialistischen System des früheren Warschauer Paktes, des Wandels in der Golfregion, in dieser Zeit des schnellen Wandels, der sprunghaften Entwicklungen sind auch wir vor Fehleinschätzungen nicht gefeit.

Ich habe im September 1990 vor der Fraktion folgendes gesagt — das war die Zeit, in der der Kandidat der SPD, dieser famose Lafontaine von der Saar, die „schrecklichen Lasten“ beschwor, die auf die Westdeutschen zukommen würden, wenn sie die von ihm abgelehnte Wiedervereinigung verwirklichen würden. Ich habe damals gesagt: „Wir haben glänzende wirtschafts- und finanzpolitische Daten, so daß kein Anlaß zu Steuererhö-

hungen besteht.“ Diese situationsbezogene Aussage war absolut richtig. Davon ist nichts wegzunehmen. Durch zwei Umstände haben sich diese Finanzdaten grundlegend verändert.

● Durch den Golfkrieg, der erst nach der Bundestagswahl eskalierte und im Zusammenhang mit anderen Umständen zu einer Rechnung an die Bundesrepublik Deutschland von 18 Mrd. DM führte. Das hat niemand voraussehen können.

### Und das zweite:

● Wir konnten auch nicht voraussehen, daß der nicht von uns, sondern von Gorbatschow und vom RGW-System gefaßte Beschluß, den Transfer-Rubel abzuschaffen und den Außenhandel auf harte Devisen umzustellen, zum nahezu vollständi-

### Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, vor dem Bundesausschuß in Weimar

gen Zusammenbruch der bisher intensiven Exportbeziehungen der ehemaligen DDR zur Sowjetunion und den anderen östlichen Ländern führen würde.

Diese beiden von niemanden vorauszu-  
sehenden grundlegenden Veränderungen haben zu Finanzbelastungen geführt, die wir nicht mehr im Rahmen unserer Haushaltsmittel auffangen konnten, die ja durch die Ausgaben für die deutsche Ein-

heit ohnehin auf das höchste angespannt waren.

Die Alternative lautete daher im Frühjahr 1991: Entweder höhere Kreditaufnahmen über die Soliditätsgrenze von 60 Mrd.

DM hinaus oder eine maßvolle Steuererhöhung, die in wichtigen Bereichen niedriger ausgefallen ist, als sie von der SPD, der klassischen Steuererhöhungspartei unseres Landes, gefordert wurde; z. B.

haben wir die Mineralölsteuer um 25 Pfennig erhöht; die SPD wollte 50 Pfennig. Die SPD hat allein die Verbrauchsteuern in ihrer Regierungszeit 17mal erhöht. Wir haben die Steuern in den Jahren 1986 bis 1990 um 50 Mrd. DM gesenkt.

Und jetzt stellt sich diese Genossenpartei hin und sagt nicht „Ihr habt euch genau wie wir getäuscht über die Folgen des Golfkrieges und des Zusammenbruchs des Exports innerhalb des RGW-Systems“, sondern sagt „Ihr habt das deutsche Volk belogen“. Lügen heißt: Bewußt die Unwahrheit sagen. Das ist etwas völlig anderes als Fehleinschätzungen zu unterliegen.

Ich weise diese ungeheure Lüge der SPD mit Empörung zurück. Ich, Alfred Dregger, lüge das deutsche Volk nicht an, auch der Bundeskanzler lügt nicht an, die Union lügt nicht an. Wer Fehleinschätzungen als Lügen diffamiert, der ist ein tübler Brunnenvergifter, der die Grundlagen eines fairen Umgangs zwischen Demokraten und den schwierigen Prozeß der inneren Einheit unseres Volkes gefährdet.

Es genügt aber nicht, nur die Schmähungen und Lügen des politischen Gegners zurückzuweisen. Wir dürfen dem deutschen Volk auch nicht verheimlichen, was wir, die Union, für Deutschland geleistet haben und weiterhin leisten.

**Wir haben gegen die Widerstände der SPD und ihres Kanzlerkandida-**

**ten Lafontaine die staatliche Einheit der Nation wiederhergestellt. Wir — wer sonst? — werden nun auch die innere Einheit der Nation zustande bringen.**

Wir sind nicht nur die Partei der deutschen Einheit, meine Freunde, wir, die Union, sind auch die Partei der deutschen Solidarität. Und weil das so ist, haben wir die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 insbesondere in der ehemaligen DDR haushoch gewonnen, in Sachsen, der Heimat Herbert Wehners, mit absoluter Mehrheit.

Die Menschen in der ehemaligen DDR haben gespürt, daß wir sie wollten, daß für uns Deutschland nicht eine Last ist, sondern ein beglückendes Ziel. Und selbst wenn uns die Wiedervereinigung, d. h. ja im Grunde die Überwindung der Schäden des sozialistischen Zwangssystems, dreimal soviel kosten würde, als sie uns jetzt zu kosten scheint, auch dann hätten wir die deutsche Einheit gewollt.

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde am 1. Juli 1990 wirksam; das liegt noch kein Jahr zurück. Die staatliche Einheit Deutschlands haben wir am 3. Oktober 1990 verwirklicht — vor weniger als einem dreiviertel Jahr also.

**Wir haben in dieser kurzen Zeit ein Aufschwungprogramm zusammengestellt, für das es in der Wirtschaftsgeschichte kein Beispiel gibt. Allein im Haushalt 1991 des Bundes sind 90 Mrd. DM — etwa ein Viertel der Ausgaben — einigungsbedingte Ausgaben.**

Zusammen mit den entsprechenden Ausgaben der zweiten Hälfte 1990 bedeutet das, daß wir, die von uns geführte Bundesregierung und die von uns getragene Koalition, in nur anderthalb Jahren über 100 Mrd. DM für den Wiederaufbau in



Mitteldeutschland zur Verfügung stellen. Die ersten Wirkungen sind sichtbar. Und niemand kann mir einreden, die Deutschen in Sachsen, in Thüringen, in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern seien weniger tüchtig als die Deutschen in Westdeutschland. Sie durchleben jetzt eine Phase des Wandels, der Unsicherheit; das ist auch immer die Zeit der Angstmacher und der Ausbeuter. Diese Phase müssen wir gemeinsam mit ihnen durchstehen. Das Ziel ist der Wiederaufbau der Wirtschaft, die Beseitigung der Schäden des SED-Regimes und soziale Sicherheit für alle hier in den neuen Bundesländern.

Besonders bemühen wir uns um die Rentner, die von der SED um die Früchte ihres Fleißes betrogen worden sind. Sie kommen in den Genuß der sog. dynamischen Rente, einer der größten sozialen Errungenschaften der Geschichte, die wir 1957 in Westdeutschland eingeführt haben, d. h. die Renten steigen im gleichen Tempo wie die Arbeitseinkommen. Die durchschnittliche Rente ist in den

fünf neuen Bundesländern in den letzten zwölf Monaten um 66 Prozent gestiegen. Dadurch wird Leid abgewendet und ein Stück Gerechtigkeit verwirklicht. Auch das ist ein Beispiel geübter Solidarität.

**Und ein altes Anliegen von mir als schwerverwundetem Soldaten des Zweiten Weltkrieges: Wir haben auch die Kriegsbeschädigten in dieses Renten- und Versorgungssystem einbezogen. Es war derselbe Krieg, und es war dieselbe Armee, in der wir verwundet wurden. Deswegen gilt auch allen Deutschen die gleiche Solidarität.**

Alle diese Leistungen sind nur möglich auf der Grundlage der Wiedervereinigung, auf der Grundlage des gemeinsamen Währungssystems der DM, des stabilsten der Welt, auf der Grundlage der seit neun Jahren anhaltenden guten Konjunktur im alten Teil der Bundesrepublik Deutschland. Neun Jahre Aufschwung,

*(Lesen Sie weiter auf Seite 23)*

davon drei Jahre Hochkonjunktur, so etwas hat es in diesem Jahrhundert noch nicht gegeben. Ein namhafter Wirtschaftsredakteur hat dazu in diesen Tagen geschrieben: „Hätte der Amtsvorgänger Kohls diese Leistungsbilanz anzubieten gehabt, hätte seine Partei ihn entweder zum Nobelpreis vorgeschlagen oder gleich seine Heiligsprechung empfohlen.“

Wir sind da wesentlich zurückhaltender, leider. Aber wenn wir schon auf Nobelpreis und Heiligsprechung verzichten, eins sollten wir uns doch nicht nehmen lassen, nämlich immer wieder mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß dieser Bundeskanzler, unser Parteivorsitzender, und mit ihm seine Mannschaft in Fraktion und Regierung, Leistungen erbracht haben, die von der ganzen Welt bewundert werden.

### Zählen wir sie doch einmal auf:

- Wir haben, als wir die Regierung in Westdeutschland übernahmen, zunächst einmal die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialeinrichtungen in Ordnung gebracht. Was hatte die SPD denn hinterlassen? Eine Hochverschuldung, die wir Schritt für Schritt zurückgeführt haben, von 2,3 Prozent des Bruttosozialproduktes 1982 auf 0,9 Prozent im Jahre 1989. Das hat uns überhaupt erst in die Lage versetzt, die Wiedervereinigung Deutschlands auch finanziell zu bewältigen.

Gleichzeitig haben wir massiv die Steuerbelastung gesenkt, für Arbeitnehmer und für unsere Wirtschaft, um 50 Mrd. DM pro Jahr, also nicht nur weniger Schulden, sondern auch weniger Steuern.

- Wir haben die Sozialversicherungssysteme, die vor dem Zusammenbruch standen, wieder leistungsfähig gemacht. All das war kein Zuckerschlecken, die Steuerreform genausowenig wie die Gesundheitsstrukturreform. Wir hatten uns mit

massiven Individual- und Gruppeninteressen auseinanderzusetzen. Wir haben auch das durchgestanden.

- Wir haben eine Familienpolitik gemacht mit ganz neuen Instrumenten und dem Ziel, Berufstätigkeit und Kindererziehung miteinander vereinbar zu machen, ich nenne Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht. Das alles haben wir verwirklicht. Die SPD hat nur davon geredet — so oft, daß mancher schon glaubt, sie hätte es auch gemacht.

- Wir haben die unter der SPD völlig unterentwickelte Umweltpolitik tatkräftig nach vorne gebracht; Deutschland ist heute der Vorreiter des Umweltschutzes in Europa.

Ich könnte diese Liste der innenpolitischen Erfolge beliebig fortsetzen. Ich will statt dessen noch ein Wort sagen zur Außen- und Sicherheitspolitik, ohne die die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich geworden wäre.

Die Entscheidung für den Westen, wie sie Konrad Adenauer mit uns durchgesetzt hat, hat nicht die Wiedervereinigung verhindert, wie es die SPD und auch manche Leute aus der FDP und von rechten Parteien vorausgesagt haben. Die Entscheidung für den Westen hat uns eingefügt in die Gemeinschaft der freien und demokratischen Nationen und diese zu unseren Verbündeten gemacht. Ohne ihre Unterstützung wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. Erst auf der Grundlage des westlichen Bündnisses konnten wir auch unsere Beziehungen zur Sowjetunion auf eine neue, bessere Grundlage stellen.

**Heute sind wir die Verbündeten des Westens und der bevorzugte Partner des Ostens. Beides wollen wir bleiben. Das ist eine Traumkonstellation, wie sie dem Bismarck-Reich**



**nie vergönnt war, das bald allein stand. Wer die Geschichte kennt, der wird mir zustimmen, daß diese Konstellation zu erreichen, die größte außenpolitische Leistung ist, die jemals ein deutscher Kanzler zustande gebracht hat.**

Das ist ein Teil unserer Leistungsbilanz. Und wenn wir trotzdem Wahlen verlieren, ist das ein Skandal, den wir nicht den Göttern zuzuschreiben haben, auch nicht den Wählern, die offenbar desinformiert sind, noch nicht einmal den Medien, die für diese Desinformation Mitverantwortung tragen. Diesen Skandal abzuwenden und die CDU/CSU wieder auf die Straße des Sieges zu führen, das ist unsere Sache, die Sache der Unionsparteien, der Fraktion, der Regierung und jedes einzelnen von uns.

Dazu gehört, daß wir unsere Leistungen und die Fehlleistungen unserer Vorgänger im Amt, die in der Opposition noch

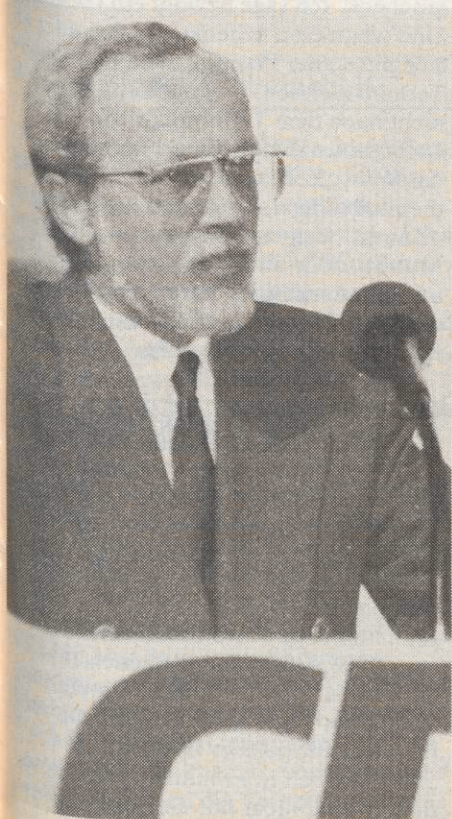
nichts dazugelernt haben, kennen und bekanntmachen. Es ist schlimm, wenn wir uns wegen Unkenntnis oder Feigheit im Gespräch mit unseren Arbeitskollegen in die Defensive drängen lassen. Ich rufe dazu auf, aus der CDU/CSU wieder eine Partei zu machen, die begeistert und begeisternd ihren Auftrag für Deutschland erfüllt.

Zum Abschluß ein Wort an meine Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern. Auch für Sie mag vieles neu sein. Sie müssen sich umstellen in mancherlei Hinsicht. Aber auch wir aus Westdeutschland müssen uns umstellen und müssen von Ihnen lernen. Sie sind sehr schnell zu ebenso hartnäckigen wie erfolgreichen Anwälten Ihrer Region geworden. Wir brauchen Ihr Wissen und Ihren Einsatz, damit wir alle zusammen die große Gemeinschaftsaufgabe erfüllen können, die vor uns steht und der wir uns mit aller Kraft widmen müssen. Sie lautet: Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes.



# Diskussionsbeiträge zur Weimarer Erklärung

Nachfolgend veröffentlichen wir in Auszügen Diskussionsbeiträge des stellvertretenden Parteivorsitzenden Lothar de Maizière, der Bundesjugendministerin Angela Merkel, des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, des sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und der Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth, die auf den Text der Weimarer Erklärung näher eingehen.



Lothar de Maizière:

## In ganz kurzer Zeit geschahen gewaltige Veränderungen

**Ich freue mich, daß die erste Bundes-  
ausschußsitzung der geeinten Partei  
im vereinten Deutschland in Weimar  
stattfindet. Wofür Weimar steht, ist  
schon angesprochen worden, doch las-  
sen Sie mich mit einer ganz kleinen  
persönlichen Reminiszenz beginnen.**

Ich habe vier schöne Sommer in Weimar  
beim Internationalen Musiksommer ver-  
bringen dürfen, und das gehört zu den  
schönsten Erinnerungen meiner Jugend-  
zeit überhaupt. Ein zweites: Stellen wir  
uns vor, ich hätte heute vor zwei Jahren  
am 10. Juni 1989 auf einer CDU-Ver-  
sammlung in Weimar in diesem Saal über  
das Thema „In Freiheit zur inneren Ein-  
heit“ reden sollen, dann hätte ich mir vor-  
her wahrscheinlich sehr genau überlegen  
müssen, wie ich aus diesem Saal wieder  
rauskomme und in welcher Begleitung.

Ich merke dies nur an, um daran zu erinnern, in welcher kurzen Zeit welche gewaltige Veränderung uns schon selbstverständlich geworden ist. Ich will damit auch sagen: die Einigung Deutschlands war kein langfristig vorbereiteter, vorhersehbarer, überschaubarer Prozeß. Die Vereinigung Deutschlands war und ist trotz aller Hoffnung, die viele hatten, so etwas wie ein Überfall der Geschichte. Er hat die Menschen in Ost und West so sehr überrascht, daß sie sich nicht darauf einstellen konnten. Warum betone ich das? Aus zweierlei Gründen:

## Mahnung zur Geduld

Ich will uns alle damit zur Geduld mahnen. Es gibt für das, was seit Oktober 1989 in Deutschland passierte, keine geschichtliche Parallele, aus der kluge Schlüsse zu ziehen wären und auch keine Parallele, um Fehler zu vermeiden. Wir wissen alle, die Buchhandlungen, die Bibliotheken waren voll von Lehrbüchern, die uns beibrachten, wie man von einer kapitalistischen Wirtschaft zu einer Planwirtschaft kommt. Im entscheidenden Moment aber gab es nicht ein einziges Lehrbuch, das uns den umgekehrten, den richtigen Weg wies.

Es kann jetzt gar nicht alles so laufen, wie es richtig wäre. Und überhaupt: Was ist richtig? Weiß man das schon vorher oder nicht vielmehr erst hinterher, wenn manches schon schiefgelaufen ist? Ich glaube, meist geht es auch gar nicht um richtig oder falsch, sondern um einen Ausgleich, um einen Kompromiß zwischen gegensätzlichen Ansprüchen und Interessen. Es gibt jetzt Disproportionen, Ungereimtheiten und auch partielle Ungerechtigkeiten, die aber absolut nicht typisch sein müssen und dürfen für den Staat, den wir gemeinsam gestalten wollen, der ein Staat aller Deutschen sein soll und dazu noch

den Nachbarn Deutschlands ein guter Nachbar.

Nur mit Geduld, mit Augenmaß und einer gehörigen Portion Gottvertrauen können wir diese schwierige Übergangszeit meistern, und ich meine, da helfen uns weder diejenigen, die von Katastrophen sprechen, noch diejenigen, die versuchen, die Augen zuzumachen, und alles gesundzubeten.

Der zweite Grund, warum ich noch einmal an die Schnelligkeit der Einigung erinnere, ist folgender: Nach 45 Jahren Nachkriegszeit, nach 4½ Jahrzehnten Trennung, Spaltung, Mauer, Gegeneinander im Kalten Krieg ist die gewonnene Einheit noch immer ein Überraschungsgeschenk. Ich sage bewußt ein Geschenk. Und wenn Gott schenkt, dann richtet er sich mit seiner Planung nicht nach dem Terminkalender von Politikern, schon gar nicht nach dem Terminplan von Oskar Lafontaine. Die Griechen kannten für das Wort „Zeit“ zwei Worte: „Chronos“, die fließende, dahingehende Zeit und „Kairos“, den entscheidenden, richtigen Moment. Wir dürfen nicht vergessen: Wir und Bundeskanzler Helmut Kohl haben diesen Kairos erkannt, wir haben den richtigen Moment erwischt.

## Erfolgreiche Wahlkämpfe

Ich will etwas zur Partei in den neuen Ländern sagen. Viele beklagen den Zustand der CDU-Landesverbände in Ostdeutschland. Das ist partiell richtig, dennoch möchte ich dem einiges entgegenhalten. Die CDU hat in den fünf neuen Ländern im vergangenen Jahr vier große anstrengende und erfolgreiche Wahlkämpfe geführt. Dies war nur möglich, weil die gelebte Losung galt „Freunde helfen Freunde“. Ich denke, dies ist aber nicht nur eine Losung für

Wahlkampfzeiten, sondern für jeden Tag, und insofern begrüße ich die „Aktion Solidarität“.

Wir haben in wenigen Wochen und Monaten Hunderte, ja Tausende von Mitgliedern in die Stadt-, Kreis- und Landesparlamente und in den Bundestag gebracht. Diese Menschen haben zum nicht unerheblichen Teil auch sichere berufliche Arbeitsplätze aufgegeben und eine bis dahin für sie nicht gekannte Verantwortung übernommen. Dabei wurde ein unglaublicher Lernprozeß vollbracht. Wer von uns wußte denn schon, wie man einen Haushaltsplan aufstellt, wie man einen Flächennutzungsplan aufstellt, wie der Aufbau einer Verwaltung funktioniert?

---

## **Aufgaben der Parteilarbeit**

---

Diese großen, bisher fremden Aufgaben haben sicherlich dazu geführt, daß die Parteilarbeit in den Orts- und Kreisverbänden etwas vernachlässigt wurde. Dies müssen wir wieder ändern. Gleichzeitig haben wir aber die schwierige Aufgabe der Umstrukturierung der Partei. In Brandenburg beispielsweise mußten wir von über 130 hauptamtlichen Mitarbeitern auf 27 Mitarbeiter herunterkommen. Dies bringt schwierige menschliche und soziale Probleme mit sich, die wir auch sehen und respektieren müssen. Es sind immerhin die Leute, die im vergangenen Jahr mit uns die vier Wahlkämpfe geführt haben.

Ich glaube, entscheidend ist, daß die CDU in eine neue innere Situation gekommen ist. Die CDU war früher eine Nischen-Partei, man traf sich alle vier Wochen, um in Gemeinsamkeit auf das staatliche Gegenüber zu schimpfen. Jetzt ist sie plötzlich in die Verantwortung gekommen. Dies bedeutet eine große psy-

chische Anstrengung und fordert Mut von jedem einzelnen.

Es gibt manche in unserer Partei, die auch jetzt noch schimpfen wollen, aber ich sage nur, das Schimpfen und das Miesmachen sollten wir den Freunden von der SPD überlassen, das können sie besser. Das ist auch das einzige, was sie besser können.

Wir müssen, wie Norbert Blüm vor einigen Tagen im Bundestag sagte, nicht mehr nur die Diagnose leisten, sondern wir müssen die Therapie überzeugend darstellen. Zur Therapie gehört in der jetzigen Zeit vor allem, daß wir uns derer annehmen, die den Umstellungsprozeß sozial, aber auch psychisch nur schwer verkraften. Das sind die Alten und Schwachen, und das sind die Frauen und hier insbesondere die alleinerziehenden Frauen. Sie sind diejenigen, die in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Wir sollten uns auch nicht in eine Ecke stellen lassen, in die wir nicht gehören. Es gibt viele, die jetzt behaupten, die CDU wäre die Partei, die mit ansähe, daß die Frauen in die Arbeitslosigkeit kommen, weil wir sie am liebsten wieder an den Kochtopf stellen wollten. Das ist nicht richtig. Die Frau, die weiterhin im Berufsleben stehen will, soll und wird in Zukunft auch ihre Chance wieder haben müssen.

---

## **Grundsatzprogramm**

---

Liebe Freunde, die Grundsatzprogramm-Kommission hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie werden sicherlich von mir heute nach zwei Sitzungen noch keine Ergebnisse erwarten, aber eins will ich sagen: Wir überlegen, wie wir möglichst früh mit unseren Gedanken und Überlegungen in alle Parteigliederungen hereinkommen,

damit wir sie in die Diskussion miteinbeziehen können. Und schon jetzt sind wir für Anregungen und Hinweise, aber auch kritische Bemerkungen dankbar.

Lassen Sie mich als letztes noch einmal auf die deutsche Einheit kommen. Ich verstehe die deutsche Einheit als Gabe und als Aufgabe zugleich. Als Aufgabe, weil es jetzt an uns ist, dieses Geschenk der Einheit so zu nutzen, daß sich alle Deutschen von der Insel Rügen bis zum Bodensee oder von Schwedt an der Oder bis Saarbrücken als gleichberechtigte und insbesondere gleichgeachtete Bürger eines Staates verstehen und begegnen können. ■

## Angela Merkel:

### **Wir müssen die Kraft zur Erneuerung aufbringen**

**Es wurde heute oft gesagt, daß wir bei der Bewältigung unserer Aufgaben eine lebendige Partei benötigen. Ich möchte ein paar Worte dazu sagen, wie wir auch in den neuen Bundesländern zu einer lebendigen Partei werden können.**

Ich habe den Eindruck, daß unsere Partei in den neuen Bundesländern nur dann lebendige Partei sein wird, wenn wir im Neuaufbau vorankommen. Ich habe den Eindruck, daß dieser Neuaufbau zur Zeit an vielen Orten stagniert.

Wir werden unsere geistigen Traditionen nur dann einbringen können, wenn wir mit diesem Neuaufbau Fortschritte erzielen. Neuaufbau bedeutet Erneuerung der CDU, und diese Erneuerung kann nicht verordnet werden. Es ist meine tiefe Überzeugung, daß sie in den Ortsverbän-

den in intensiven und ehrlichen Gesprächen stattfinden muß.

Diese Gespräche werden nicht einfach sein, und sie werden so geführt werden müssen, daß sich alle, die neuen und die alten Mitglieder der CDU, darüber Rechenschaft geben, wie sie in den vergangenen 40 Jahren gelebt haben. Ich denke, es wird wichtig sein, daß jeder sich seiner Kompromisse erinnert, die er in seinem Leben für notwendig gehalten hat.

Dann wird deutlich werden, daß man die Gesellschaft nicht einfach in frühere Oppositionelle und Mitmacher einteilen kann. Das wird ein sehr schwieriger Prozeß sein. Aber diesem Prozeß müssen wir uns stellen, sonst werden wir nicht die Kraft haben, die innere Einheit wirklich voranzubringen. Und wir müssen uns ihm stellen, weil uns die Jugend fragen wird, wie wir mit unserer Vergangenheit fertig geworden sind.

Die CDU kann die Kraft zur Erneuerung der gesamten Gesellschaft nur dann aufbringen, wenn sie es schafft, in ihren eigenen Reihen mit der Bewältigung der Vergangenheit voranzukommen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir sehen, daß die Partei lebendig ist, daß neue Leute zu ihr finden und daß Bürger, die sich bis jetzt nicht politisch engagiert haben, Interesse an politischer Arbeit finden werden.

Ich habe manchmal den Eindruck — und das sage ich als ostdeutsche Spezialität —, daß uns inzwischen das Zeitmaß etwas abhanden gekommen ist. Gerade diese inneren Prozesse fordern aber Zeit. Wir hatten in den vergangenen 40 Jahren viel Ruhe und viel Gelassenheit und haben viele intensiven Gedanken denken können. Genau diese Zeit müssen wir uns an manchen Stellen wieder nehmen, damit wir inhaltlich vorankommen. ■

Wolfgang Schäuble:

## Wir brauchen Mut, Kraft und Solidarität

Ich werbe dafür, daß wir in dieser Diskussion inhaltlich über den vorgelegten Entwurf für eine „Weimarer Erklärung“ debattieren. Es kann ja nicht sein, daß die CDU sagt: Wir müssen unsere Programmatik verschärfen, aber gleichzeitig stimmen wir einer Erklärung zu, ohne sie uns durch Diskussion zu eigen gemacht zu haben.

Wir haben uns bei der Formulierung der „Weimarer Erklärung“ Mühe gemacht. Wir haben zum Beispiel versucht zu formulieren, daß die Vollendung der inneren Einheit nicht nur ein rein wirtschafts- und finanzpolitisches Thema ist. In einer Wohlstandsgesellschaft, wie es der größere Teil dieser Bundesrepublik Deutschland ist, kann man die Probleme, die uns Sorgen bereiten, nicht allein an wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverhalten festmachen. Wir brauchen eine Menge Kraft und Solidarität, um die Unterschiede nach 40 Jahren Teilung aufzuarbeiten.

### Wir müssen standhalten

Ich finde, wir sollten auch einmal sagen: Wir haben im letzten Jahr als Christlich Demokratische Union den Mut gehabt, der Demagogie von Lafontaine gegen Aus- und Übersiedler standzuhalten und zu sagen: Das Tor bleibt offen!

Dies einmal zu sagen ist wichtig, weil wir nicht jeden Tag mit der Zustimmung der Mehrheit unserer Bevölkerung rechnen können, weil wir aber standhalten müssen, wenn wir unseren für richtig erkannten Kurs durchsetzen wollen.

In dieser Weimarer Erklärung haben wir uns bemüht deutlich zu machen: Hier diskutieren nicht Westdeutsche mit Ostdeutschen, sondern hier diskutiert die Christlich Demokratische Union Deutschlands mit sich selber. Es sind unsere Probleme. Es ist übrigens auch unser gemeinsames Erbe, was in 40 Jahren Teilung in der Bundesrepublik und in der früheren DDR entstanden ist. Wir müssen es jetzt gemeinsam tragen und gemeinsam aufarbeiten.

### Wichtige Erfahrungen

Wir müssen auch klarmachen, daß die Menschen, die hier im Osten Deutschlands 40 Jahre lang gelebt haben, gar keine andere Chance hatten, als sich in diesem System einzurichten. Und wir im Westen haben überhaupt keinen Grund zu glauben, wir hätten uns anders oder gar besser verhalten, wenn uns am Ende des Zweiten Weltkrieges eine totalitäre Diktatur aufgezwungen worden wäre.

Wenn das so ist — und auch das haben wir in der Weimarer Erklärung versucht zum Ausdruck zu bringen — dann wird z. B. die Erfahrung unserer Mitbürger aus Thüringen und den anderen Ländern, wie man in einer Diktatur leben und überleben kann, für unsere gemeinsame Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft wichtig sein, um Freiheit und Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten.

Ich finde, wir schulden uns gegenseitigen Respekt, und wir haben dies in dieser Erklärung versucht zum Ausdruck zu bringen. Wir schulden uns und unseren Bürgern Wahrheit.

Ich will auf einen Punkt noch aufmerksam machen: Wir haben versucht, in der Erklärung ganz offen zu sagen: Die Erwartungen vieler Menschen, daß in der früheren DDR jetzt endlich einmal mit strafrechtlichen Mitteln aufgeräumt wird



und die führenden Leute vor den Kadi kommen, können nur sehr unvollkommen erfüllt werden.

---

## Unrecht aufarbeiten

---

Es hat keinen Sinn, auf Parteiveranstaltungen zu fordern: es muß jetzt endlich reiner Tisch gemacht werden, und hinterher läßt es sich nicht durchführen, weil es der Rechtsstaat nicht ermöglicht. Politisch-moralisches Versagen aufzuarbeiten, das in einem Unrechtsregime begangen wurde, ist mit strafrechtlichen Mitteln im Rechtsstaat nur sehr eingeschränkt möglich. Wir haben es an dem Prozeß gegen Herrn Tisch erlebt. Aber es hindert uns niemand, daran zu erinnern, daß wir es ja nicht gewesen sind, die ihn umarmt und geküßt haben.

Wenn wir in der Union es nicht schaffen, den Menschen keine Illusionen einzureden, solange wir in der Regierungsverantwortung sind, sondern die Wahrheit zu

sagen über das, was möglich und erreichbar ist, dann werden wir das Vertrauen der Menschen nicht erreichen. Deswegen müssen wir die Bürger vor überzogenen Erwartungen schützen. Das ist die Wahrheit, die wir ihnen schulden. Das ist die Wahrheit, die in unseren Diskussionen sichtbar werden muß, um die wir ringen müssen, wenn wir zusammen sind. Das ist die Wahrheit, die wir dann auf allen Ebenen im Bund, in den Ländern, in den Kommunen vertreten müssen.

---

## Vertrauen gewinnen

---

Wenn wir uns dabei auf die zentralen Herausforderungen deutscher Politik konzentrieren, und ein Teil davon ist in dieser Weimarer Erklärung versucht worden festzuhalten, dann werden wir handlungsfähig bleiben und auch das Vertrauen unserer Mitbürger in einem größeren Maße zurückgewinnen, als dies im Augenblick möglich zu sein scheint. ■

Kurt Biedenkopf:

## Wir gewinnen, wenn wir die Menschen fordern

Die Union war vor allem immer dann erfolgreich, wenn sie die Menschen gefordert hat, wenn sie ihnen nicht nachgelaufen ist, sondern wenn sie ihnen vorausgegangen ist. Das war in den 50er Jahren so. Es war eine Herausforderung, in der Zeit zwischen 1949 und 1953 die marktwirtschaftliche Ordnung zu verwirklichen, die am Anfang selbst in der CDU nicht mehrheitsfähig war. Die Wähler haben das belohnt.

Es war eine Herausforderung, für die Nachrüstung vor einer Bundestagswahl einzutreten. Helmut Kohl hat das gemacht, und die Wähler haben ihn belohnt. Sie haben ihn belohnt, weil sie den Eindruck hatten, hier ist jemand, der will wirklich führen, und er will Entscheidungen durchsetzen, die er für richtig hält, weil er von der wahren Lage ausgeht.

Die Vollendung der Einheit, von der in der Weimarer Erklärung die Rede ist, ist ebenfalls eine Herausforderung.

Die erste Herausforderung steckt schon in dem Satz: Im gegenseitigen Respekt vor der Lebensleistung müssen alle Deutschen die Folgen der Teilung gemeinsam überwinden. Das ist eine Herausforderung und keine politische Prosa. Denn das heißt im Ergebnis, daß in diesem geeinten Deutschland beide Teile Deutschlands eingebracht werden und daß dieses geeinte Deutschland etwas Neues ist. Es entsteht hier nicht lediglich ein Anbau an die alte Bundesrepublik, es

entsteht ein neues Land, ein neues Bewußtsein, ein neues Selbstverständnis. Der Bundeskanzler hat in seinem Bericht auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß wir diese neue Rolle, dieses neue Selbstverständnis gemeinsam erarbeiten müssen.

Es ist von der besonderen Leistung der Deutschen im Osten die Rede. Es ist für die Deutschen im Westen eine Herausforderung, diese Leistung wirklich zu verstehen. Man kann sie kaum nachvollziehen. Was es bedeutet, in einer völlig neuen Rechtsordnung zu leben, mit einem völlig neuen Sozialsystem konfrontiert zu sein, völlig neue gesellschaftliche Maßstäbe als richtig zu akzeptieren, bisherige Erfahrungen als ungültig zu erleben, sich von einem Tag zum anderen in eine hochkomplizierte Gesellschaft einordnen zu müssen, die selbst die Zeit gehabt hatte, sich fast 40 Jahre lang zu entwickeln, — das ist eine ungeheure Leistung.

Diese Leistung müssen wir anerkennen. Das ist der Hauptgrund, warum wir die Einheit und den Prozeß der inneren Ein-

**Kurt Biedenkopf: Unser  
Aufbau ist die aktive Mit-  
gestaltung der europäischen  
Zukunft.**

heit nicht auf die wirtschaftliche, soziale und finanzpolitische Dimension verringern dürfen. Diese großen Leistungen sind einmalige Leistungen, die ebenso anerkennenswert sind wie die finanziellen und wirtschaftlichen Leistungen des anderen Teil Deutschlands.

Die andere Herausforderung in der Weimarer Erklärung heißt: Der Bund muß sein Engagement für die neuen Bundesländer unvermindert fortführen. Die neuen Bundesländer müssen so ausgestat-

tet sein, daß sie ihre Aufgaben **erfolgreich** erfüllen können. Das ist auch eine Herausforderung und die wichtigste.

Als wichtigsten Aspekt dieser Herausforderungen betrachte ich, nicht zuletzt auch die Aufgabe im Blick auf den Parteitag im Dezember, daß wir alle gemeinsam festlegen, was notwendig ist. Wir müssen Schluß machen mit der Situation, daß die Deutschen im Osten durch ihre politischen Vertretungen sagen müssen, was notwendig ist, und die Deutschen im Westen dann überlegen, ob sie sich das leisten können.

---

## Arbeitslosigkeit überwinden

---

Das geht nicht, weil wir dann wieder in eine Teilung kommen, nämlich in die Teilung derer, die auf der einen Seite fordern müssen zur Erledigung einer gemeinsamen Aufgabe, und derer, die auf der anderen Seite sagen, ob sie diesen Forderungen entsprechen können oder nicht. Deshalb brauchen wir ein Verfahren, in dem wir alle gemeinsam zusammenwirken und sagen, welche Leistungen müssen denn nun wirklich erbracht werden.

Die dritte Herausforderung ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Das ist nicht nur mit Geld zu machen. Unser größtes Defizit im augenblicklichen Zeitpunkt ist nicht das Geld, sondern das Wissen und Können. Wir brauchen Menschen, die uns helfen, die das Wissensdefizit ausfüllen helfen, das in 40 Jahren Isolierung entstanden ist.

Wir brauchen Menschen, die bereit sind, mitzutun, nicht als jemand, der kommt und mal kurz berät, wie es geht, und dann wieder nach Hause fährt, sondern als jemand, der sich engagiert, der dort bleibt, der mittut und der die ganze Last, aber auch die großartige Chance dieses Neubeginns mit uns in den östlichen Bundesländern teilt.

Die vierte Herausforderung — all das steht in der Weimarer Erklärung — ist die ökologische Modernisierung. Das bedeutet nicht nur das Abtragen der ökologischen Altlasten, die wir abtragen müssen im gesamtdeutschen Interesse. Das heißt gleichzeitig auch Neuaufbau und neue Wege gehen: Neue Wege in der Vereinbarkeit von Industrie und Umwelt, neue Wege im Verkehr, neue Wege im Verhältnis von Schiene und Straße und vieles andere.

Wir haben die große Chance, im Osten Deutschlands solche Dinge zu gestalten, ohne an jeder Ecke auf Besitzstände zu stoßen, und wir haben deshalb die Möglichkeit, im neuen Teil Deutschlands Dinge zu verwirklichen, deren Umsetzung wegen der Besitzstände im alten Teil Deutschlands oft sehr schwierig ist.

Wenn wir das gemeinsam als Partei machen, können wir ein ganzes Stück Modernisierung Deutschlands aus der deutschen Einheit gewinnen, und das ist zugleich eine wichtige Zukunftsperspektive.

---

## Chance zur Erneuerung

---

Nun die letzte Herausforderung, die ich hier nennen möchte: Wir müssen den Prozeß der Einheit nicht nur als ein Abtragen von Altlasten begreifen, nicht nur als ein Überwinden von Erblast, sondern als eine Chance zur inneren Erneuerung des geeinten Deutschland, auch unserer eigenen Partei. Wenn wir dies für die eigene Partei nicht annehmen, können wir es auch nicht für Deutschland leisten.

Drei Punkte will ich zum Abschluß erwähnen: Einmal die große Bedeutung des kulturellen Erbes und seiner Erneuerung. Wir haben eine große Chance, nicht nur das kulturelle Erbe für die Westdeutschen neu zu entdecken, das sich in den



ostdeutschen Bundesländern findet. Wir haben auch die Chance, eine Erfahrung der Menschen in den östlichen Bundesländern gültig werden zu lassen für ganz Deutschland, nämlich die Erfahrung mit dem großen Wert und der großen Bedeutung der Kultur auch für das tägliche Leben.

Neben der Kirche war die Kultur ein wichtiger Anhaltspunkt für die Menschen in den vergangenen Jahrzehnten, wo sie ihre Identität wahren konnten, ohne sie der SED unterordnen zu müssen. Aus dem kulturellen Raum ist neben dem kirchlichen Raum viel Kraft erwachsen für die Überwindung der Angst, die die Voraussetzung war für die Überwindung der Diktatur.

Die Kultur ist nicht nur ein Anhang der Wohlstandsgesellschaft, sie ist ein unmittelbarer Teil des menschlichen Lebens, und diese Unmittelbarkeit des Verhältnisses zur Kultur steht uns gut an, auch in den westlichen Bundesländern.

Von der Modernisierung war die Rede, und der letzte Punkt, auf den es mir ankommt, ist die Neubelebung der Rolle der Länder. Helmut Kohl hat bereits davon gesprochen, wie bedeutend es sein wird, in dem geeinten Europa die Grenzen zu überwinden. Wir überwinden diese Grenzen, indem wir vor Ort damit anfangen.

Wenn zum Beispiel die sächsisch-böhmische Schweiz als Nationalpark entsteht, wenn sich in einem neugegründeten „Nationalpark Sächsische Schweiz“ die Böhmen, d. h. die Vertreter der tschechischen Republik und die Vertreter des Freistaates Sachsen treffen und ausmachen, daß dies einst wieder eine gemeinsame Region sein soll, in der die Grenze eine staatspolitische Bedeutung, aber keine trennende Funktion mehr hat, dann ist dies der Anfang.

Wir wünschen uns, und wir haben es den europäischen Außenministern und dem Präsidenten Delors kürzlich sagen dürfen, daß in diesem Raum eine Euroregion entsteht so wie zwischen Nordrhein-Westfalen und Holland, so wie zwischen Baden-Württemberg, dem Elsaß und der Schweiz.

Diese Euroregionen werden ein Stück Europa bedeuten, und sie werden dazu beitragen, daß Deutschland Europa zugleich verbindet und mitgestaltet durch die Rolle des Bundes und der Länder. Wir wünschen uns, daß wir den Menschen gerade in den neuen Bundesländern sagen, wie sehr wir auf ihre bisherigen Erfahrungen mit diesen Nachbarn aufbauen. Denn sie haben jahrzehntelange Erfahrungen mit diesen Nachbarn mitzubringen, mit der Tschechoslowakei, mit Polen insbesondere.

---

## Zum Aufbau ermutigen

---

Das ist ein wertvolles Gut. Wenn wir es einbringen können in unsere perspektivische Politik, dann ermutigen wir die Menschen nicht nur für den Aufbau um des Aufbaus willen, sondern für den Aufbau als Voraussetzung für eine aktive Mitgestaltung an der europäischen Zukunft.

Ich wünsche mir, daß wir die Weimarer Erklärung in diesem Sinne verstehen und daß wir sie zur Grundlage machen für die Vorbereitung unseres Parteitages im Dezember. Denn dort werden wir konkreter gefragt werden. Dort werden wir ein Stück mehr wissen, wie wir die deutsche Einheit vollziehen. Und dort werden wir auch die Herausforderungen inhaltlich bestimmen müssen, für die wir dann als starke Partei um Mehrheiten ringen, die wir nur gewinnen, wenn wir die Menschen fordern. ■

Rita Süßmuth:

## Die Menschen in den neuen Ländern brauchen Zeit

**Wann immer ich Deutschen in den neuen Bundesländern begegne, scheint mir der Satz der Ziffer zwei der Weimarer Erklärung der allerwichtigste zu sein: der Satz vom wechselseitigen Respekt vor Lebensleistung und Lebenserfahrung. Mit Menschen, denen Minderwertigkeitsgefühle einge-redet werden, können Sie kein neues Deutschland und kein neues Europa bauen.**

Gerade hier in Weimar muß gesagt werden, daß wir endlich die törichte Frage danach, was die Menschen denn „einzu-bringen“ haben, begraben sollten. Wenn Sie die kulturelle Leistung des Kunst-festes Weimar in diesen Wochen erlebt haben, dann erübrigt sich die Frage von selbst. Im übrigen haben Menschen, wo immer sie leben, selbstverständlich auch etwas einzubringen. Wir sollten diese Frage endlich auf sich beruhen lassen.

### SPD ohne Alternative

Wenn wir fragen: „Wo liegt der neue Aufbruch?“, dann muß ich sagen: Ich habe das Gefühl, wir haben selbst Schwierigkeiten, uns zu bewegen. Eine größere Herausforderung als heute hat es lange nicht mehr gegeben. Es ist so viel neu zu machen, daß unsere Kreativität nicht ausreicht.

Wer die Rede von Engholm im Deutschen Bundestag gehört hat, der kann nur mit Fug und Recht fragen: Wo ist denn die Alternative? Fragen wir doch einmal

konkret ab, was die Sozialdemokraten anders gemacht hätten. Es bleibt wirklich nicht viel übrig. Ich sehe nicht, wo uns die SPD Alternativen anzubieten hätte. Wenn sie unsere Aufgaben morgen über-nehmen müßte, müßte sie uns in allen Punkten recht geben.

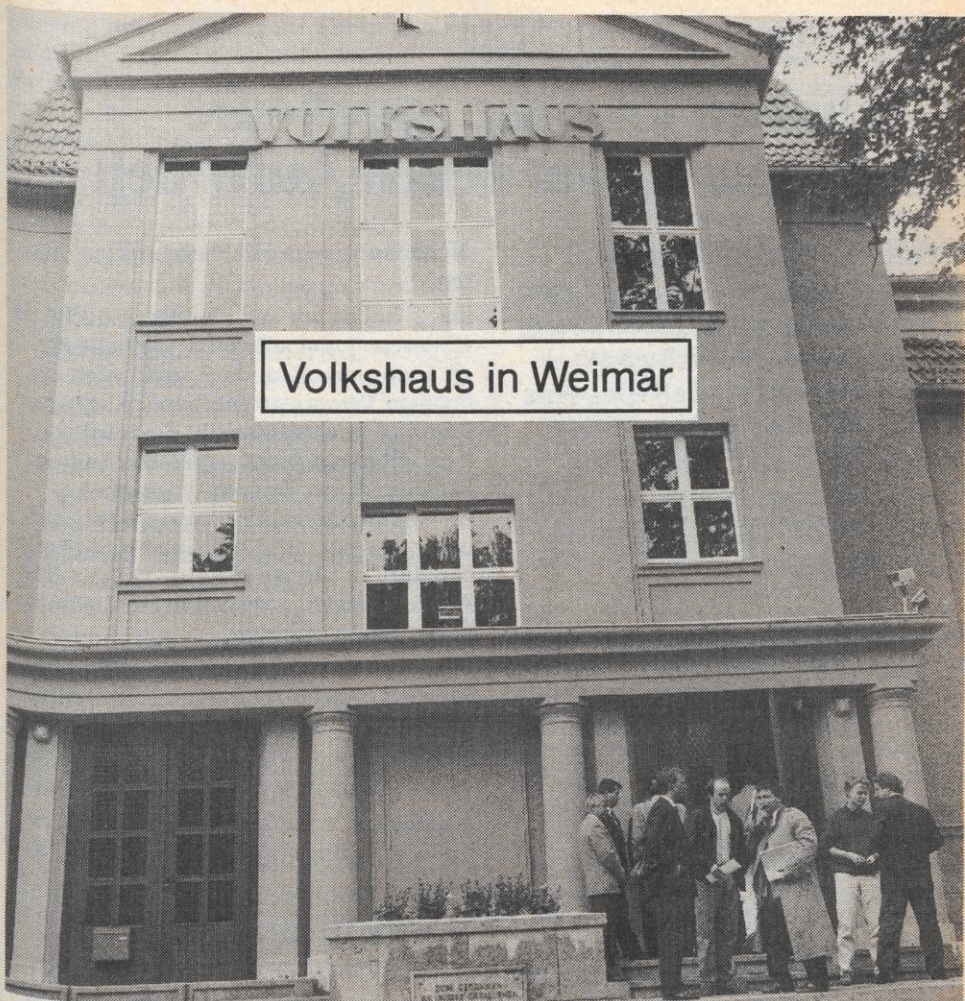
Ich möchte mit Bezug auf die Weimarer Erklärung eins unterstreichen: Wir stehen mit dem, was wir jetzt leisten oder nicht leisten, international auf dem Prüfstand. An der Lösung der Fragen in Deutschland hängt nämlich weit mehr als nur die deutsche Frage. Es hängt auch die Lösung der Probleme in Mittel- und Ost-europa davon ab.

### Chance zum Neuanfang

Ich teile voll, was in der Erklärung über die Aufarbeitung der Vergangenheit steht. Jeder Irrtum muß auch eine Chance zum Neuanfang sein. Was wir allerdings zusätzlich brauchen, ist ein deutlicheres Signal an die Benachteiligten der früheren DDR.

Wir sagen, wir wollen wieder gutmachen, Unrecht bereinigen, aber die Betroffenen spüren nicht, daß sie wirklich gemeint sind, wenn sie wieder Nachteile haben und heute wieder unter den Arbeitslosen sind. Deshalb auch meine Bitte an die Länder: Tun wir das in diesem Bereich Mögliche, damit gerade diejenigen, die so viele Nachteile gehabt haben, sich heute nicht ausgegrenzt fühlen.

Es ist heute mehrfach der Schutz des ungeborenen Lebens angesprochen worden. Ich selber höre immer wieder, gerade auch von den Frauen: Ihr wißt gar nicht, wie schwer es für uns ist, etwas, was uns immer als rechtmäßig dargestellt worden ist, nun als Unrecht anzusehen. Die Menschen brauchen Zeit, um die für sie andere Werteordnung nicht nur vom Kopf her, sondern auch vom Herzen her



Volkshaus in Weimar

ganz anzunehmen. Ich werbe um Verständnis für diejenigen, die sich auf eine neue Werteordnung einzustellen haben.

Es geht nicht um ein Relativieren. Was den Schutz des Lebens und gerade des ungeborenen Lebens betrifft, da gibt es keinen Prinzipienstreit in der Union.

Aber ich denke, wir haben unterschiedliche Auffassungen, welches die besten Wege zum Schutz des ungeborenen und des geborenen Lebens sind. Wir werden

das in den nächsten Wochen fair miteinander austragen.

Ich gehe von Weimar auch mit den Erfahrungen der Vortage fort, daß sich in den neuen Ländern unendlich viel bewegt und sichtbar verändert.

Wir können deshalb zu Hause sagen: Fahrt doch mal hin, schaut es Euch an, was die Menschen dort bewegt. Wir sind nicht nur Helfende, sondern Zusammenarbeitende. ■

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Wir haben jetzt die ungeheure Chance zu einem neuen Aufbruch

**Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir kommen zum Schluß dieser wichtigen Sitzung unseres Bundesausschusses. Jeder hat gespürt, daß dies eine offene und eine wichtige Diskussion war. Es gab über 25 Wortmeldungen, in denen auch ganz selbstverständlich Kritik geübt wurde.**

Auch das gehört zum Bild einer lebendigen und offenen Volkspartei. Wir brauchen uns nicht immer gegenseitig zu bestätigen, daß zur Demokratie auch Kritik gehört — wie übrigens auch Lob. In unserer Satzung steht nirgends, daß Lob nicht spendet oder Kritik nicht geübt werden darf. Es gehört auch kein großer Mut dazu, sachlich berechnete Kritik zu üben und ich wünsche mir, daß diese selbstverständliche Art zu kritisieren als ein Stück politisch gelebter Kultur nicht nur in der Bundespartei, sondern auch in den Landesverbänden, in den Bezirks- und Kreisverbänden üblich wird. Denn die Klage, die Partei sei nicht lebendig genug, hat ja auch damit zu tun, wie es jeweils vor Ort aussieht. Hier liegt ein Teil unserer Probleme.

Viele Entscheidungen waren richtig. Manche waren im Augenblick für mich nicht immer hundertprozentig begründbar, mußten aber sofort getroffen werden. Wir haben — nicht zuletzt ich selbst — in den letzten zwei Jahren Entscheidungen

oft genug wie am Fließband treffen müssen.

Dabei haben wir auch Fehler gemacht, da gibt es gar keinen Zweifel; ich habe das oft genug gesagt, und ich stelle mich in meinem Verantwortungsbereich selbstverständlich auch der Kritik. Eines sollte man allerdings nicht vergessen: Andere haben in dieser Zeit am Wegesrand gestanden und nichts getan; sie haben unseren Weg mit Häme, Spott und häufig geradezu mit Hetze verfolgt. Dies ist eine Art des Umgangs, die ich in der Demokratie nicht akzeptiere.

Ich bekenne mich zu den Fehlern, und ich weiß, was etwa bestimmte Formulierungen und Entscheidungen für uns bedeuten. Aber ich bin nicht bereit, Kritik von denjenigen entgegenzunehmen,

### Schlußrede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

die überhaupt keinen Beitrag auf diesem Weg geleistet haben. Und wenn wir uns der Kritik stellen, dann tun wir dies gemeinsam. Ich mache da keinen Unterschied zwischen dem Parteivorsitzenden, dem stellvertretenden Parteivorsitzenden oder dem Generalsekretär. Zwischen den Präsidiumsmitgliedern ist hier unterschieden worden, das habe ich eigentlich nie verstanden. Wer Mitglied des Parteipräsidiums wird, der steht mitten in der Verantwortung. Es geht doch nicht an, daß die einen Prügel beziehen, während die

anderen für das öffentliche Kritisieren zuständig sind. Das ist keine Art von Reform, die ich akzeptieren kann. Wir haben hier eine gemeinsame Verantwortung, und in dieser Verantwortung haben wir uns auch gemeinsam unserem politischen Gegner zu stellen. Das gilt im übrigen für den ganzen Parteivorstand. Wir haben vor knapp 14 Tagen darüber gesprochen, und wir wollen dies auch weiterhin so halten.

**Meine Damen und Herren, seit ich Parteivorsitzender bin, bin ich dafür eingetreten, daß diese Partei lebendig ist und lebendig bleibt. So haben wir beispielsweise in schwieriger Zeit ein Grundsatzprogramm in allen Parteigliederungen ausführlich beraten und dann einmütig beschlossen; so werden wir es jetzt bei der Fortschreibung dieses Grundsatzprogramms selbstverständlich auch halten.**

Und wir werden natürlich auch die Fragen, die jetzt unmittelbar anstehen, gemeinsam lösen — und zwar nicht, indem wir den nassen Finger in den demoskopischen Wind halten, sondern danach, was die richtige Politik ist.

Dies kann im Einzelfall äußerst schwierig sein, und wir erleben ja gerade, wie schwer es sich unsere Partei mit einer so prinzipiellen Frage wie mit dem Recht des ungeborenen Lebens macht. Da mögen manche sagen, diese Frage sei doch längst in der Gesellschaft abgehakt — für eine Partei wie die Christlich Demokratische Union darf das kein Maßstab sein. Wenn bei uns in oft quälenden Diskussionen um richtige Formulierungen gerungen wird, wenn überlegt wird, welche Entscheidung unseren Grundwerten und ethischen Normen angemessen ist, dann spricht das doch für die Partei und nicht gegen sie. Lassen Sie sich von öffentlichem Getöse dabei überhaupt

nicht beeindrucken. Hier geht es um eine Frage, die wir für uns selbst nach unserer eigenen Überzeugung entscheiden müssen und nicht nach tagespolitischen Überlegungen.

**Dazu gehört weiter, daß wir deutlich machen, was unser Profil ist. Natürlich führe ich eine Koalitionsregierung — übrigens nicht die erste, ich habe auch viele Jahre eine Koalitionsregierung in einem Bundesland geführt —, aber bisher ist mir eigentlich nie widerfahren, daß am Ende jemand sagte, das Profil der CDU sei dabei verlorengegangen.**

Ich will das noch einmal an ein paar Beispielen klarmachen: In der Frage der deutschen Einheit ist die Politik der Union ohne jedes Wenn und Aber deutlich geworden. Es gab viele bis hinein ins Koalitionslager, die beim Besuch von Herrn Honecker in Bonn ganz anders formuliert hätten, und das sogar gerne. Jeder weiß, wie eine Formulierung war, sie war klar und eindeutig. Die Menschen in den neuen Bundesländern haben sich bei ihrer Wahlentscheidung im letzten Jahr noch gut daran erinnert, wer immer ohne Wenn und Aber zur deutschen Einheit gestanden hat.

Oder nehmen Sie das Beispiel Abrüstung. Meine lieben Freunde, haben wir denn alle vergessen, wem in der alten Bundesrepublik Deutschland die Nerven flatterten, als es um die Durchsetzung der Stationierungsentscheidung gegangen ist? Selbst in unserer eigenen Partei haben nicht wenige gefragt: Muß das wirklich in dieser Härte durchgestanden werden? Gibt es nicht einen dritten Weg, auf dem man vielleicht daran vorbeikommen könnte?

Ich weiß noch gut, welches ermutigende Signal die Versammlung der hunderttau-

send Menschen im Bonner Hofgarten war, die Ja zu Deutschland, Ja zur Freiheit und Ja zu unserer Verteidigung gesagt haben. Wir haben uns damals durchgesetzt, liebe Freunde, und lassen Sie uns als ein Signal für junge Leute deutlich sagen: Unsere junge Generation lebt in einer Welt, in der wirkliche Abrüstung möglich ist, in der unsere Bundeswehr einen echten Beitrag zum Frieden leisten kann und ein Zeichen unserer Souveränität ist, in der wir fähig sind, auch anderen zu helfen und internationale Verantwortung zu übernehmen.

Ich erinnere mich noch sehr genau an die ungeheure Faszination jener Rede, in der Winston Churchill 1946 in Zürich zum Bau der Vereinigten Staaten von Europa aufgerufen hat. Ich war damals Schüler. Gestern habe ich mit John Major darüber gesprochen, wie unvorstellbar uns allen schien, daß da — gleichsam am Tiefpunkt deutscher Geschichte — einer den Menschen in Europa zurief: Die Deutschen und die Franzosen müssen sich versöhnen. Das war doch beinahe jenseits des Denkbaren. Und doch ist diese Vision Wirklichkeit geworden.

**Dies ist doch ein Erfolg unserer Politik und eine Faszination für junge Leute. Jenseits des Streits um Weizenpreise in der Kommission entsteht etwas völlig Neues in unserem Jahrzehnt. Am Ende dieses Jahrhunderts verändert sich Europa von Grund auf. Das ist Politik für junge Leute.**

Und liebe Freunde, „Schöpfung bewahren“ ist ein weiteres wichtiges Thema. Das, was wir doch jetzt tun im Blick auf nationale wie auf globalen Umweltschutz — Klaus Töpfer sprach ja in der Debatte davon —, das ist doch nicht mehr die Sache im Erleben meiner Generation. Ich

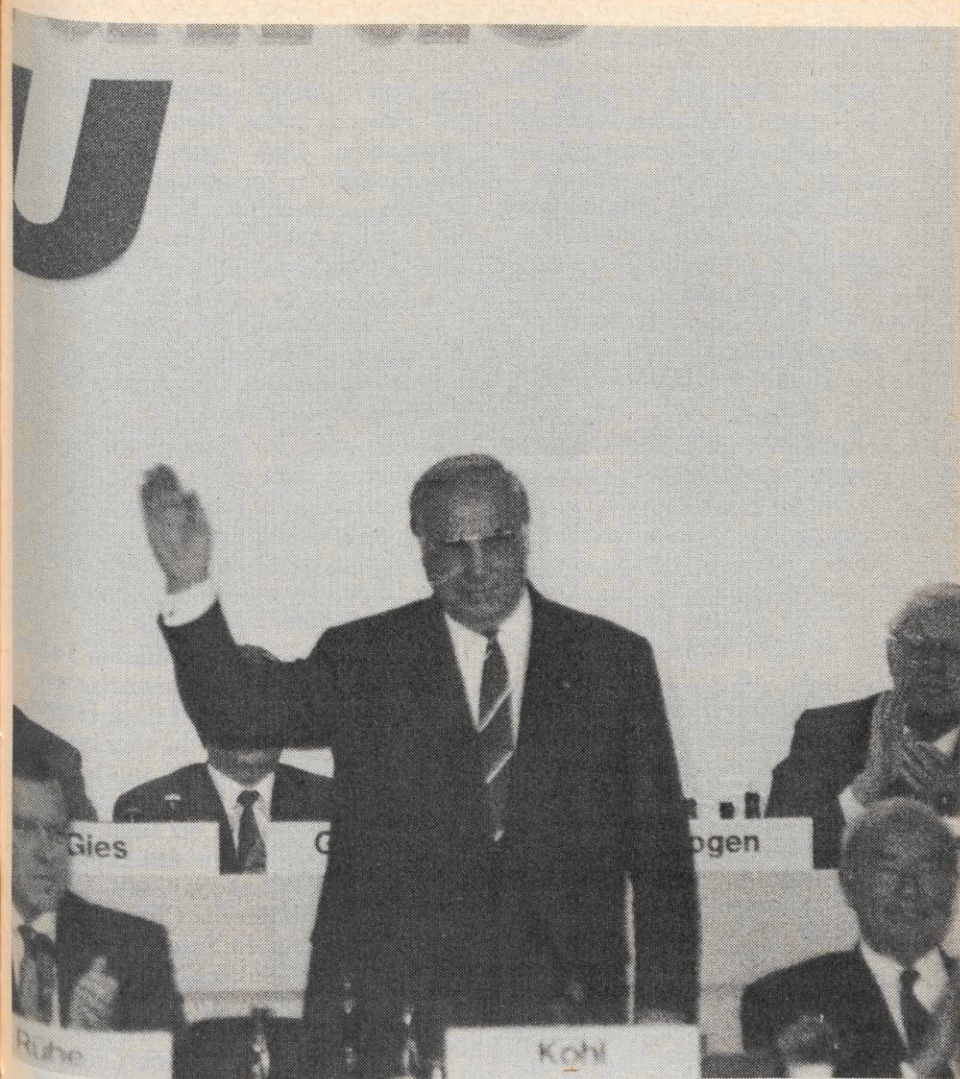
bin jetzt 61, und viele aus meiner Generation, die jahrelang oder jahrzehntelang in der deutschen Politik waren, denken, wie ich weiß, ähnlich. Es ist doch die Sache der 20- und 30jährigen. Was wir jetzt tun zum globalen Schutz der Schöpfung, führt weit hinaus ins nächste Jahrhundert. Wir können hier hervorragend Profil zeigen. Wer war es denn in der Koalition, der diese Themen deutlich gemacht hat?

**Lassen Sie mich auch das noch sagen, weil es oft vergessen wird: Daß wir wirtschaftspolitisch so erfolgreich waren, das ist doch keine Frage des jeweiligen Ressortministers! Liebe Freunde, das ist beispielsweise die Frage einer stabilen Haushaltspolitik in beinahe neun Jahren.**

Oder ich rufe in Erinnerung und sage zu Norbert Blüm, der viel mit mir gemeinsam geschmäht wurde, — vielleicht nicht geschmäht, aber angesprochen vor ein paar Tagen in der Paulskirche bei der IG-Metall — wo wären wir denn gelandet, wenn wir beim § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes in die Knie gegangen wären? Wir haben uns durchgesetzt, wir haben auch hier klare Position bezogen, um zu tarifpolitischer Waffengleichheit zu kommen.

Eben ist auch mit Recht über die Familienpolitik gesprochen worden. Wer hat denn eigentlich diese Themen, die so faszinierend nicht für gestern und heute, sondern für morgen sind, wieder in die politische Arena zurückgebracht und durchgesetzt. Das waren doch wir.

Fast alle Themen, die ich genannt habe, weisen in die Zukunft: Wir können in der Familienpolitik nicht stehenbleiben, wir können in der Industriepolitik nicht stehenbleiben, weil die Welt von morgen



andere und neue Anforderungen stellt. Wir haben uns einen Moment außerhalb der Sitzung über die Zukunft in der Region Jena unterhalten. Hier geht es nicht einfach nur um einen Industriestandort, es geht um ein Stück Industriegeschichte, um Industriepolitik und — wie ich hoffe — auch um ein wichtiges Stück Zukunftsindustrie. Hier kann die

deutsche Industrie einen wesentlichen Beitrag für die Welt von morgen leisten. Liebe Freunde, Kurt Biedenkopf hat gesagt, die Überwindung der Teilung ist eine Chance für Deutschland. Dies ist ein Satz, den wir oft sagen und der wahr ist. Und ich sage ganz ehrlich: Bei allem Tagesärger empfinde ich es als ein wirkliches Glück, dabei zu sein.

**Wir alle haben doch jetzt eine ungeheure Chance zu einem neuen Aufbruch, gerade wenn ich die alte Bundesrepublik betrachte, auch die CDU der alten Bundesrepublik. Pionierhaftes Denken ist wieder möglich, eingefahrene Rituale müssen sich nicht ständig wiederholen. Das wird sich auf dem Dresdener Parteitag zeigen, auf dem wir vor allem die Fragen der Menschen in den neuen Bundesländern aufgreifen und zukunftsweisende Antworten geben wollen.**

Ich verstehe die Weimarer Erklärung, für deren einstimmige Annahme ich dankbar bin, so — wie wir es auch vor 14 Tagen im Parteivorstand beschlossen haben —, daß sie in den Ortsverbänden als eine Art Ausgangstext für die Vorlage zum Dresdener Parteitag diskutiert wird, die wir rechtzeitig vorlegen werden. Aber schon der vorliegende Text sollte dazu anregen, im Kreisverband einmal nicht nur darüber zu diskutieren, was bekomme ich in meinem Kreisverband, in meinem Ortsverband, in meinem Landesverband, sondern vorrangig darüber, was bin ich dort hin zu geben bereit, wo jetzt vor allem Hilfe notwendig ist?

Wenn dies gelingt, dann brauchen wir nicht über PR-Fragen nachzudenken; das ist nämlich nicht unser Hauptproblem. Es ist auch ein Problem, aber entscheidend wird für uns sein, ob wir geschlossen und kämpferisch zu dieser Politik für Deutschland stehen, zur Überwindung der Teilung als Chance für Deutschland, zur Öffnung nach Europa und zu einer weltweiten Verantwortung, die wir heute nach dem Geschenk der deutschen Einheit mehr denn je empfinden sollten.

Wenn wir dies tun, knüpfen wir an die besten Traditionen unserer Partei an, an das Vermächtnis jener Frauen und Männer, die nach 1945 überall in Deutsch-

land, auch in der sowjetischen Besatzungszone, die Union auf den Weg gebracht haben. Wir denken hier auch an die Opfer, die unsere Partei damals gebracht hat. Als wir heute früh an den Mahnmalen des Konzentrations- und des Internierungslagers Buchenwald Kränze niedergelegt haben, gingen die Namen von so manchem durch den Sinn — auch von denen aus der ersten Stunde der CDU in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, die dort eingekerkert waren. Das alles war immer gemeinsame deutsche Geschichte.

Liebe Freunde, wir sind jetzt wieder bei einander, aber wir sprechen manchmal noch aneinander vorbei, weil wir oft genug nicht richtig zuhören, weil wir zu oft glauben, Politik nach Sendezeiten oder Umbruchterminen von Zeitungen machen zu müssen.

**Bitte nehmen Sie von diesem Tag in Weimar, von diesem historischen Ort die Botschaft mit nach Hause, daß wir nachdenklich, aber auch mutig und entschieden an die Lösung unserer Probleme herangehen. Dabei wollen wir nach Möglichkeit weniger von den Problemen als von den Chancen reden. Für uns, für mich ist dies die Chance, im vereinten deutschen Vaterland für ein größeres, geeintes Europa zu wirken. Lassen Sie uns dafür kämpfen und arbeiten — möglichst mit einem fröhlichen Gesicht; dann werden unsere politischen Gegner 1994 keine fröhlichen Gesichter machen!**

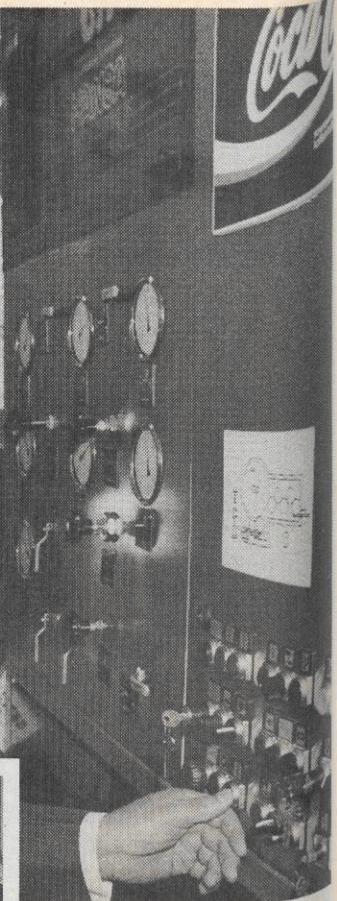
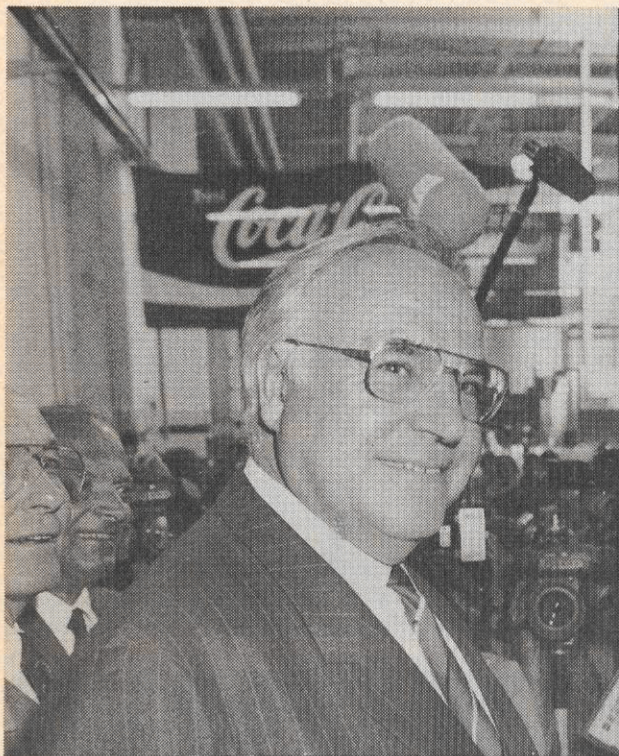
Ich schließe die Sitzung und wünsche allen eine gute Heimkehr. Und wer gleich lange im Stau steckt, der möge heute bitte einmal nicht schimpfen; denn je mehr Baustellen in den neuen Bundesländern und je länger der Stau, desto besser die Zukunft!





**Helmut Kohl:**  
*Wir denken hier  
 auch an die Opfer,  
 die unsere Partei  
 gebracht hat. Als  
 wir heute früh an  
 den Mahnmalen  
 des Konzentra-  
 tions- und Internie-  
 rungslagers  
 Buchenwald  
 Kränze niederge-  
 legt haben, gingen  
 die Namen von so  
 manchem durch  
 den Sinn — auch  
 von denen aus der  
 ersten Stunde der  
 CDU in der damali-  
 gen sowjetischen  
 Besatzungszone,  
 die dort eingeker-  
 kert waren.*





Bundeskanzler  
Helmut Kohl setzt  
in Weimar eine  
der modernsten  
Getränke-  
Abfüllanlagen  
Deutschlands  
durch Knopfdruck  
in Betrieb.

Bundesumweltminister  
Klaus Töpfer  
besucht die Kläranlage  
in Tiefurt bei Weimar.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1



# UID

20/91

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.